

7 Tagesordnung, öffentlich

Bgm. Mag. **Nagl:**

Ich darf Sie bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Im Vorfeld hat Frau Dr. Zwanzger mit allen Fraktionen sich abgestimmt, welche Stücke schon als beschlossen gelten. Es ist das Stück Nr. 1 einstimmig beschlossen. Das Stück Nr. 2 ist zu berichten. Herr GR Swatek hat sich hierfür befangen erklärt. Beim Stück Nr. 3 gibt es die Gegenstimmen von der Grünen Fraktion und von Herrn GR Swatek. Das Stück Nr. 5, der Sammelantrag über die Teilflächen, die ins öffentliche Gut übernommen werden, ist einstimmig angenommen, also mit allen Punkten a,b,c. Das Stück Nr. 6 ebenfalls einstimmig angenommen, ebenso die Stücke 7 und 8. Das Stück Nr. 9 wurde abgesetzt. Das Stück Nr. 10 ist einstimmig beschlossen. Den Flächenwidmungsplan müssen wir berichten. Ich möchte nur dazu sagen, dass der Punkt 5 der Verordnung jetzt herausgenommen wurde. Das ist die Flächenwidmungsplan-Auflage des Entwurfes, das ist das Stück Nr. 11, da brauchen wir die Zweidrittelmehrheit. Hier wurde mir mitgeteilt, dass der Punkt 5 der Verordnung herausgenommen wurde. Das Stück Nr. 12 ist abgesetzt, das war der Bebauungsplan Thondorf, Gewerbegebiet. Das Stück Nr. 19 ist einstimmig beschlossen, das Stück Nr. 21 gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen, das Stück Nr. 22 und auch das Stück Nr. 23 einstimmige Beschlüsse. Stück 24 einstimmiger Beschluss, Stück 25 abgesetzt, Stück 26 und 27 sind wieder einstimmige Beschlüsse. Es wurde dann auch vereinbart, dass wir beim nicht öffentlichen Teil wieder nur die Betreffs heute auch verlesen werden. Bevor wir jetzt zum ersten Stück kommen zur Berichterstattung, möchte ich es auch nicht verabsäumen, allen wieder danke zu sagen, die vorgestern und gestern mitgeholfen haben, dass diese Unwetterkatastrophe, die wir da gehabt haben, aufgearbeitet wurde. Es ist sehr sehr viel Arbeit, sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Holding, selbstverständlich für die Feuerwehr. Danke auch an die Freiwillige Feuerwehr Graz, aber im Besonderen auch ein Dankeschön. Es haben nämlich sofort wieder acht Feuerwehren von Graz-Umgebung unsere Mannschaften verstärkt und konnten so auch viele Einsätze abarbeiten. Dafür gebührt auch den Nachbargemeinden und den

Feuerwehren der Nachbargemeinden ein großes Dankeschön. Selbstverständlich auch an alle anderen Einsatzorganisationen, im Speziellen auch der Polizei und der Ordnungswache, die mitgeholfen haben, Gefahren abzuwenden.

StRⁱⁿ **Kahr:**

Vielen Dank, Herr Bürgermeister, dass Sie das angesprochen haben. Ich möchte das wirklich nur unterstreichen und ergänzen, nachdem ich ja für die Graz-Linien zuständig bin, die in diesen Stunden wirklich schwere Zeit gehabt hat, möchte ich mich bei den KollegInnen auch dort bedanken, vor allem auch bei der Straßenreinigung und bei den Straßenerhaltern.

En bloc:

7.1 Stk. 1) A 5 - 73443/2017

**Verein „ERfA - Erfahrung für Alle; Verein für gemeinnützige Beschäftigung“;
Aufwandsgenehmigung über insgesamt
€ 51.500,-- aus der Fipos 1.42900.728800**

Der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichtes die Aufwandsgenehmigung für Personal- und Sachkosten an den Verein ERfA für 2018 in der Höhe von € 51.500,-- für das Projekt und die Neuausrichtung „Betreuung und Beschäftigung von arbeitsmarktfernen Personen“ (die Bedeckung ist auf der FiPos 1.42900.728800 gegeben) erteilen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.2 Stk. 3) A 8 - 77405/2017-20

**Abteilung für Immobilien, Anmietung
Büroräume für A17 - Strafreferat
Budgetvorsorge in der OG 2018 in Höhe
von € 127.600,--**

In der OG 2018 werden folgende Budgetvorsorgen beschlossen:

Folgende Fipos wird erhöht: 1.05000.700705 „Mietzinse, Kündigungsverzicht“ um € 107.600,-- und die Fipos 1.97000.729000 „Verstärkungsmittel, Sonstige Ausgaben“ um denselben Betrag gekürzt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen (gegen Grüne und Neos).

**7.3 Stk. 5) A 8/4-42939/2016,
A 8/4-45070/2018,
A 8/4-45080/2018**

**Übernahme von Teilflächen in das
Öffentliche Gut der Stadt Graz, Sammelantrag**

A 8/4 - 42939/2016 Viktor-Zack-Weg Nr. 54 u. 56 ca. 97 m² Straßenregulierung,

A 8/4 - 45070/2018 Löckwiesenweg 55 ca. 38 m² bescheidmäßige Abtretung,

A 8/4 - 45080/2018 Puchstraße 164 ca. 117 m² bescheidmäßige Abtretung.

Die Übernahme der in den einzelnen Gemeinderatsanträgen detailliert angeführten Grundstücksflächen in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.4 Stk. 5a) A 8/4 - 42939/2016 Viktor-Zack-Weg Nr. 54 und Nr. 56 Übernahme einer ca. 61 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 522/21, EZ 3109, und einer ca. 36 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 522/279, EZ 3057, beide KG Andritz, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz

- 1.) Die Übernahme einer ca. 61 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 522/21, EZ 3109, KG Andritz, welches mit EntschlieÙung durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüsç vom 14.11.2016 erworben wurde, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.
- 2.) Die Übernahme einer ca. 36 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 522/279, EZ 3057, KG Andritz, welches mit EntschlieÙung durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüsç vom 14.11.2016 erworben wurde, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.5 Stk. 5b) A 8/4-45070/2018 Löckwiesenweg 55 - bescheidmäßige Grundabtretung, Übernahme einer ca. 38 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 118/6, EZ 1039, KG Rudersdorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz

Die Übernahme einer ca. 38 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 118/6, EZ 1039 KG Rudersdorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.6 Stk. 5c) A 8/4-45080/2018

Puchstraße 164 - bescheidmäßige Grundabtretung, Übernahme einer ca. 117 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 312/2, EZ 994, KG Rudersdorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz

Die Übernahme einer ca. 117 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 312/2, EZ 994 KG Rudersdorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.7 Stk. 6) A 8/4- 24435/2018

Zusertalgasse, Auflassung vom Öffentlichen Gut und bescheidmäßige Rückübereignung einer ca. 94 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 2926, EZ 2733, KG Geidorf

1. Die Auflassung einer ca. 94 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 2926, EZ 2733, KG Geidorf, aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
2. Die unentgeltliche Rückübereignung der in Pkt. 1. aus dem Öffentlichen Gut aufgelassenen ca. 94 m² großen Tfl. des Gdst. Nr. 2926, EZ 2733, KG Geidorf, an Frau [REDACTED], wird aufgrund des Bescheides GZ: A17-RUV-22692/2018/0004 vom 05.04.2018 der Bau- und Anlagenbehörde genehmigt.
3. Sämtliche mit der Rückübereignung in Verbindung stehenden Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.
4. Die Errichtung des Rückübereignungsvertrages und die Herstellung der Grundbuchsordnung wird durch die Präsidialabteilung - Referat für Zivilrechtsangelegenheiten beauftragt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 7.8 Stk. 7) A 8/4- 28973/2010 Stadion Liebenau, Erweiterung Tiefgarage Städt. Gdst. Nr. 248/3, 248/6, 237/4, 239/10, je KG 63113 Liebenau Nachtrag zum bestehenden Bestandvertrag - befristet bis 31.7.2087 Antrag auf Zustimmung**

Der Nachtrag zwischen der Stadt Graz und der Granit Immobilien GmbH zum Bestandvertrag vom 27.12.1994 hinsichtlich Tiefgaragenerweiterung im Sinne der Beilagen wird genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 7.9 Stk. 8) A 8/4- 68625/2017 Sonderwohnbauprogramm Städt. Lg. WG 39853/2016/26 Plüddemanngasse 27, 27a Gdst.Nr. 8/8, .109/2, 8/9, .109/1, je EZ 1568 je KG 63124 Waltendorf im Ausmaß von ca. 3.626 m²
1. Einräumung eines Baurechtes ab 01.08.2018 auf die Dauer von 60 Jahren für die Errichtung von ca. 40 Wohnungen
2. Abschluss einer Vereinbarung mit Wohnen Graz - Antrag auf Zustimmung**

Die Stadt Graz räumt der ÖWGES Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft m.b.H., Moserhofgasse 14, 8010 Graz, an den Gdst.Nr. 8/8, .109/2, 8/9, .109/1, je EZ 1568, je KG 63124 Waltendorf, ab 01.08.2018 auf die Dauer von 60 Jahren ein Baurecht im Sinne des beiliegenden Vertrages und der Zusatzvereinbarung zur Errichtung von ca. 40 Wohnungen ein.

Zwischen der ÖWGES und Wohnen Graz wird als Ergänzung zum Baurechtsvertrag die beiliegende Vereinbarung für das Bauvorhaben Plüddemanngasse 27, 27a abgeschlossen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 7.10 Stk. 10) A 10/8- 067372/2017/0003 Parkkonzept - Änderungsmaßnahmen**
A10/1P -067504/2016-82 bzw.
A10/1P -066738/2017-3
- 1. Abänderung der bestehenden Projektgenehmigung für den Austausch von 405 Parkscheinautomaten von € 3,552.000,00 inkl. MWSt. in der AOG 2016-2018**
 - 2. Projektgenehmigung für die Abänderung der bestehenden Kurzparkzonen und Parkzonen durch Evaluierungsmaßnahmen für Investitionskosten von € 130.000,00 inkl. MWSt.**

1. Die bestehende Projektgenehmigung für den Austausch von 405 Parkscheinautomaten zu GZ.: A 8-146581/2015-17 und A 10/1P -067504/2016 wird inhaltlich betreffend die Durchführung der Evaluierungsmaßnahmen geändert.
2. Folgende räumliche Änderungen werden auf Grund der Ergebnisse der Evaluierung vorgenommen:
 - 2.1. Parkzone A - Kreuzgasse
 - Hochsteingasse von der PZ I in die PZ A übertragen
 - Zusertalgasse von der PZ I in die PZ A übertragen
 - 2.2. Parkzone B - Hilmteich
 - Ziernfeldgasse in die PZ B aufnehmen
 - Teil der Schönbrunnungasse in die PZ B aufnehmen
 - 2.3. Parkzone D – Messe
 - Teile der Eisteichgasse in die PZ D aufnehmen
 - Teile der Petersgasse in die PZ D aufnehmen
 - Teile der Weinholdstraße in die PZ D aufnehmen
 - Teile der Ehrenfelsgasse in die PZ D aufnehmen
 - 2.4. Parkzone E - Schönau
 - Teile der Raiffeisenstraße in die PZ D aufnehmen
 - 2.5. Parkzone G - Eggenberg
 - Teile der Lerchengasse in die PZ D aufnehmen

2.6. Kurzparkzone 02

- Teile der Elisabethnergasse in die KPZ aufnehmen

2.7. Kurzparkzone 09

- der Bereich südlich des Grabengürtels wird von flächendeckender PZ in KPZ umgewandelt

3. Evaluierung 2020

Die ARGE Parkraum wird beauftragt, eine nächste Gesamtevaluierung aller Kurzparkzonen und Parkzonen im Jahr 2020 durchzuführen und dem Gemeinderat vorzulegen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.11 Stk. 19) WG-39853/2016/0021 Wohnen Graz Geschäftsbericht 2017

Genehmigung des Geschäftsberichtes 2017 des Eigenbetriebes Wohnen Graz.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.12 Stk. 21) A 8/4-24422/2018
WG-39853/2016/20**

**Sonderwohnbauprogramm
Genossenschaftsweg 10 - 16, Gdst. Nr. 2114/2,
EZ 1452, KG Jakomini im Ausmaß von 1.139 m²
Baurechtsvertrag vom 18.05.1989 Baurecht
befristet bis 30.06.2018 Nachtrag zur
Verlängerung des Baurechtes um weitere 30
Jahre Antrag auf Zustimmung**

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 14. Juni 2018

Die Baurechtslaufzeit für die Baurechtsliegenschaft Genossenschaftsweg 10, 12, 14 und 16, Gdst. Nr. 2114/2, EZ 1452, KG Jakomini, wird in einem zwischen der Stadt Graz und der ÖWGES errichtenden Nachtrag bis 30.06.2048 verlängert.

Sämtliche übrigen Bedingungen des Baurechtsvertrages vom 28.04./18.05.1989 bleiben vollinhaltlich aufrecht.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen (gegen KPÖ).

**7.13 Stk. 22) A8-77397/2017-15 Stadtbaudirektion
BA 175 Kanalsanierung Koßgasse
Projektgenehmigung über € 1.800.000,- in der
AOG 2018-2019**

1. In der AOG 2018-2019 wird die Projektgenehmigung „BA 175 Kanalisierung Koßgasse“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 1.800.000,-- und die Aufnahme in die mittelfristige Investitionsplanung der Stadt Graz beschlossen:

Projekt	Ges. Kost.	RZ	MB 2018	MB 2019
BA 175 Kanalisierung Koßgasse	1.800.000	2018-2019	200.000	1.600.000
RZ = Realisierungszeitraum MB=Mittelbedarf				

2. In der AOG 2018 wird die neue Fipos 5.85100.004010 „Betriebe der Abwasserbeseitigung, BA 175 Kanalisierung Koßgasse“ (AOB: BD) mit € 200.000,-- geschaffen und zur Bedeckung die Fipos: 5.85100.004010 „Betriebe der Abwasserbeseitigung Wasser und Kanalisationsbauten“ um € 200.000,-- gekürzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.14 Stk. 23) A10/BD-046279/2018/1 Holding Wasserwirtschaft BA 175
Kanalsanierung Koßgasse
Projektgenehmigung über € 1,800.000.-
excl. USt.**

1. Die Projektgenehmigung für den „BA 175 - Kanalsanierung Koßgasse" über € 1,800.000.-excl. USt wird erteilt.
2. Die Projektabwicklung erfolgt durch die Holding Graz - Wasserwirtschaft entsprechend dem Betriebsführungsvertrag und der Servicevereinbarung. Die finanztechnische Abwicklung erfolgt dabei über den Fremdbuchungskreis 901.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.15 Stk. 24) A 8-77397/2017-19 Baudirektion und Stadtplanungsamt,
FußgängerInnen-Orientierungssystem,
1. Projektgenehmigung über € 362.500,--in der
AOG 2018/2019
2. Budgetvorsorge über € 50.000,--
in der AOG 2018**

1. In der AOG 2018-2019 wird die Projektgenehmigung „FußgängerInnen-Orientierungssystem" über € 362.500,-- (davon € 50.000,-- für 2018 und € 312.500,-- für 2019) beschlossen. Die Bedeckung von € 362.500 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Baudirektion - der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.
2. In der AOG 2018 werden die neuen Fiposse 5.77100.050000 „Sonderanlagen, FußgängerInnen-Orientierungssystem" (Anordnungsbefugnis: BD, Deckungsklasse:BD150)

6. 77100.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“

(Anordnungsbefugnis: A8) mit je € 50.000,--geschaffen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.16 Stk. 26) A 8-77397/2017-8 Verkehrsplanung, Masterplan ÖV -1. Stufe
Busnetz Graz-West und Anbindung Center Ost;
Projektgenehmigung 2018-2023**

1. In der AOG 2018-2019 wird die Projektgenehmigung „Masterplan ÖV-Begleitmaßnahmen“ über € 870.000,-- (davon € 290.000,-- für 2018 und € 580.000,-- für 2019) beschlossen und die bestehende Projektgenehmigung „Verkehrerschließung Reininghaus“ um denselben Betrag auf 2.130.000,-- reduziert.
2. In der AOG 2018 wird die neue Fipos 5.61200.002610 „Straßenbauten, Masterplan ÖV Begleitmaßnahmen“ (Anordnungsbefugnis: A10/8, Deckungsklasse: 10831) mit 290.000,-- geschaffen und zur Bedeckung die Fipos 6.61200.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um denselben Betrag erhöht.
3. Die Wirtschaftspläne bzw Mittelfristplanungen 2019ff der Holding Graz Linien sind wie folgt anzupassen:

2018	2019	2020	2021	2022	Summe
-910.545	-249.003	810.737	706.903	618.800	976.892

Die Bedeckung der kumulierten EBITDA-Veränderung 2018-2022 von € 976.892 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Beteiligungen/Finanzen - der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung

des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.17 Stk. 27) A 10/8 - 021889/2014/0015 Masterplan ÖV, 1. Stufe Busnetz Graz West und ÖV-Anbindung Center Ost - Projektgenehmigung über € 870.000,-

1. Der vorstehende Bericht wird genehmigt.
2. Die im Motivenbericht genannten Maßnahmen für den öffentlichen Verkehr (1. Stufe Busnetz Graz West und Anbindung Center Ost) für die Buslinie 33/33 E, 62, 65, 66, 68/71, 75 und 85 werden umgesetzt.
3. Die Bedeckung der baulichen Maßnahmen in Höhe von € 870.000,-- erfolgt durch den Gemeinderatsbeschluss GZ: A 8/77397/2017/8 am 14.6.2018.
4. Diese Gesamtkosten für den zusätzlichen Betrieb der Buslinie 62,65,66,75, und 85 sind von den Graz Linien in die jährlichen Finanzpläne einzustellen (siehe Tabelle Motivenbericht).
5. Die Betreuung der Planung liegt bei der Verkehrsplanung, die Gesamtkoordination der Projektumsetzung erfolgt durch die Grazer Linien. Die bauliche Abwicklung der ggst. Infrastrukturmaßnahmen wird von den Grazer Linien übernommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: StR. Hohensinner, MBA

**7.18 Stk. 2) A 8 - 77397 /2017-14
ABI-020723/2013/0016**

**GRIPS 2 - Grazer Investitionsprogramm
für den Pflichtschulausbau Erhöhung der
Projektgenehmigungen um € 7.200.000,-- inkl.
USt. auf insgesamt € 8.300.000,-- inkl. USt. in
der AOG 2018/2019/2020**

- 1. Projektbeschluss Umstrukturierungen
€ 6.300.000,-- (inkl. USt. inkl. Einrichtung)**
- 2. Planungsbeschluss Erweiterung VS Neuhart-
Phase 2 – Planung € 800.000 inkl. USt.**
- 3. Planungsbeschluss Wettbewerb, Erhöhung
auf 3 Wettbewerbe um € 100.000,-- inkl. USt.**

Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, lieber Gerhard. Du bist der Verantwortliche im Finanzausschuss, wenn du nachher noch Ergänzungen hast, bitte einfach ergänzen. Aber es ist so ein wunderbares Stück aus meiner Perspektive, deswegen wollte ich das unbedingt selbst berichten. Es geht um unsere Zukunft. Es geht um die Bildung und es geht um unsere Kinder. Wir wissen ja, dass wir bis 2022 für 500 zusätzliche Erstklassler Bildungsraum brauchen, das bedeutet, dass wir 88 zusätzliche Schulklassen verwirklichen müssen und unser obersten Ziel ist es, dass wir allen Kindern nicht nur einen Schulplatz, sondern einen qualitativ hochwertigen barrierefreien Schulplatz ermöglichen. Da gibt es drei unterschiedliche Möglichkeiten, wie man zu mehr Schulraum kommen und wir werden alle drei Möglichkeiten ausschöpfen müssen. Erstens, dass wir die Schulen ausbauen, da haben wir eh schon GRIPS 1 abgeschlossen, GRIPS 2 beginnt gerade. Wir werden auch die Klassenschülerhöchstzahl geringfügig anheben müssen. Aber das sag ich dazu, nur geringfügig. Am Land ist die Zahl ca. 16, 17 Schülerinnen und Schüler pro Klassen, wir haben jetzt ca. 21. Aus pädagogischer Sicht kann ich mir irgendwie vorstellen, dass man auf 22 noch erhöhen, aber mehr ist, glaube ich, im städtischen Bereich nicht drin, weil wir doch sehr viel Herausforderungen haben, wie Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf etc., die zweite Möglichkeit. Die dritte

Möglichkeit ist, dass wir kreatives und innovatives Umstrukturieren vornehmen und das ist eigentlich der Kern des Gemeinderatsstück heute. Es sind insgesamt fünf Schulstandorte betroffen mit neuen Schulen, und zwar die Standorte Afritsch, Ferdinandeum, Brockmann, Krones und Leonhard. Welche Vorteile haben wir durch diese Umstrukturierung? Aus meiner Sicht, erstens wir schaffen Schulraum, nämlich 10 Klassen an der Zahl, wir entflechten und wer z. Bsp. das Ferdinandeum kennt, weiß, dass es ein Steinwurf von hier, nämlich ca. 150 m Luftlinie, großes Aufatmen gibt, dass wir mehr Platz haben in dieser Schule. Diese Entflechtung unserer Bildungsstätten ist ganz wichtig und der dritte positive Punkt ist es, dass wir Standorte attraktivieren, vor allem die Neuen Mittelschulen, da wissen wir, dass die schon Müh und Not haben mit den Schülern, dass sie genügend Zulauf haben und wir wissen z. Bsp. von der Neuen Mittelschule Straßgang, da haben wir den Schwerpunkt auf Holz und Gestaltung gelegt, dass eine Neue Mittelschule mit einem Schwerpunkt wirklich sehr großen Anklang findet. Weil die Lehrbetriebe schon schauen, wo gibt es eine Schule, wo Kinder, wo Schüler auf Lehren sensibilisiert werden. Das macht Sinn und z. Bsp. haben wir jetzt im Ferdinandeum den Hauptschwerpunkt Musik. Am Standort Leonhard werden wir Digitalisierung und EDV als Schwerpunkt wählen. Ich glaube, dass das ganz ganz wichtig ist. Weitere zwei Punkte, die in diesem Stück enthalten sind, sind die weiteren Planungen für den Schulstandort Neu-Hart und eine ganz neue Schule im Bezirk Andritz. Damit haben wir im Bezirk Andritz den einzigen Bezirk mit vier Volksschulen. Wer sich in Andritz gut auskennt, es ist der Urlgrund, dort ist jetzt eine Reitsportanlage und die Schule wird errichtet eigentlich zwischen der Prohaska-Schule und Ober-Andritz. Wir haben ein Grundstück gefunden und hier sind jetzt die weiteren Schritte zu setzen, nämlich Grundstückssicherung, Planung und Widmung. Und an dieser Stelle möchte ich mich auch bei der Liegenschaftsabteilung und bei Herrn Stadtrat Riegler bedanken, der das alles auf Schiene gebracht hat. Weiters bedanke ich mich bei allen Abteilungen, die hier mitorganisiert haben und das ist mit einem großen Aufwand verbunden gewesen. Da gilt es nicht nur die Grundstücke zu sichern, die Klassen zu berechnen, sondern da ist sehr viel Lehrerarbeit zu leisten, sehr viel Elternbegleitung zu leisten und da bitte ich Sie, euch alle, wenn ihr irgendwo hört, dass

es einen weiteren Informationsbedarf gibt, bitte meldet das meinem Büro und wir kommen gerne vorbei und werden weiter informieren. Ich bedanke mich bei allen Abteilungen, die hiermit mitgemacht haben, bedanke mich vor allem auch bei meinem Mitarbeiter, Herrn Andreas Stöckler, der hat quasi das alles vorbereitet. Insgesamt werden wir 7,3 Millionen Euro aufwenden und was mich sehr positiv stimmt ist, dass diese Idee dieser Organisation, dieser Umstrukturierung einstimmig durch beide Ausschüsse gegangen ist und ich bitte jetzt um möglichst große Zustimmung. Danke.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Fachliche Projektgenehmigung Umstrukturierungen in der Höhe von € 6.300.000,-- inkl. USt.

Für die Umstrukturierungsmaßnahmen an den Schulstandorten Ferdinandeum, St. Leonhard, Afritsch und Krones wird die Projektgenehmigung über € 6.300.000,-- inkl. USt. und inkl. Einrichtung erteilt – davon € 100.000,-- für 2018, € 3.200.000,-- Mio. für 2019 und € 3.000.000,-- für 2020.

Die Stadt Graz trägt als wirtschaftlicher Bauherr die Investitionen mit einer Gesamtsumme von € 6.300.000,-- (inkl. USt.).

Für diese Leistungen wird die GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH im Rahmen eines In-House-Kundenauftrages als Generalunternehmer beauftragt.

2. Fachliche Projektgenehmigung zur Phase 2 - Planung für die Erweiterung der Volksschule Neuhart - € 800.000,-- inkl. USt.

Für die Phase 2 - weitere Planungen nach Abschluss des Wettbewerbes bis zur Einreichplanung und mit Entwurfsplanung mit vertiefter Kostenberechnung wird die Projektgenehmigung in der Höhe von € 800.000,-- inkl. USt. erteilt – davon € 300.000,-- für 2018 und € 500.000,-- für 2019.

Die Stadt Graz trägt als wirtschaftlicher Bauherr die Investitionen mit einer Gesamtsumme von € 800.000,- (inkl. USt.).

Für diese Leistungen wird die GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH im Rahmen eines In-House-Kundenauftrages als Generalunternehmer beauftragt.

3. Fachliche Projektgenehmigung für die Abwicklung des Wettbewerbes für den Standort Andritz - Erhöhung um € 100.000,-- € inkl. USt.

Für die Abwicklung des Architekturwettbewerbes für den Standort Andritz wird die im Oktober 2017 erteilte Genehmigung von € 600.000,-- inkl. USt. um € 100.000,-- inkl. USt. auf nunmehr € 700.000,-- inkl. USt. für 3 Wettbewerbe erhöht. Die zusätzlichen € 100.000,-- fallen zur Gänze 2019 an.

Das Referat Hochbau der Stadtbaudirektion wird mit der Umsetzung des Wettbewerbs beauftragt.

Die Bedeckung dieser Projektgenehmigungen in Höhe von insgesamt € 7.200.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich ABl und Sport - der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

4. In der AOG 2018 werden folgende Budgetaufstockungen beschlossen:

Fipos	Bezeichnung	AOG 2018
5.21100.010110	Gebäude, Schulausbauprogramm GRIPS II	400.000
6.21100.346000	Investitionsdarlehen von Kreditinstituten	400.000

GRⁱⁿ Marak-Fischer:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Bürger und Bürgerinnen auf der Zuhörertribüne. Das Stück ist ohne Zweifel ein großer Erfolg und es ist sehr erfreulich, dass 7 Millionen Euro im Bildungsbereich von der Stadt investiert werden. Viele der darin enthaltenen Punkte sind wichtig und begrüßenswert. Gerade, ich denke an den Standort Ferdinandeum,

mit dem ich mich auch schon seit ein paar Jahren befasste und wo sicherlich die Eltern auch sehr erleichtert sind, dass es zu einer räumlichen Entspannung kommt. Wir werden diesem Stück auch sehr gerne zustimmen. Wir haben es auch im Ausschuss getan. Allerdings haben wir auch bereits im gemeinsamen Schulausschuss eine kritische Anmerkung gemacht und die möchte ich auch hier noch einmal vor dem Publikum machen. Wir halten oder mit noch einer gewissen Skepsis müssen wir uns vorbehalten, was die Veränderung des Standortes für die Ellen-Key-Volksschule betrifft. Die Ellen-Key, für die, die es nicht wissen, ist eine Schule, eine sonderpädagogische Schule für Kinder mit dem SBF im Bereich des Verhaltens und diese Kinder werden nun in eine Gegend gebracht, wo es sehr sehr wenig Bewegungsraum, sehr wenig Grünflächen gibt und in eine Gegend, man könnte sagen, sozioökonomisch nicht zu den stärksten Gegenden von Graz zählen. Das heißt, man konzentriert hier möglicherweise wieder auch Probleme und das in unmittelbarer Nähe zum Volksgarten, und ich glaube, wir wissen alle, welche Herausforderungen auch damit verbunden sind und aus unserer Sicht wäre ein Standort für die Ellen Key in einem etwas grüneren Bereich sinnvoller gewesen. Vielleicht in einem kleineren Standort, also ob es jetzt in der Marschallgasse ist, wo doch mehrerer Schultypen gemeinsam sich auch das Haus teilen müssen, nämlich das Abendgymnasium. Eine Neue Mittelschule mit Oberstufe der Klusemann noch angehängt und dann jetzt die Volksschule der Ellen-Key, das heißt doch sehr sehr viele Kinder in einem Standort mit wenig Grünraum und nur einem Innenhof. Da sind wir sehr skeptisch und das möchte ich schon noch einmal anbringen. Wir wollen dem Stück unsere Zustimmung sehr gerne auch geben werden.

Hohensinner:

Frau Gemeinderätin, genau das haben wir im Ausschuss diskutiert und ich habe gleich im Ausschuss angesprochen, dass ich deine Bedenken sehr ernst genommen habe. Ich kann aber sagen, dass mein Standpunkt noch immer der gleiche ist. Dass ich es nicht für inklusiv und auch nicht integrativ halten, Kinder irgendwo ins Grüne zu geben, weil

sie eine Behinderung haben und das ist eher die alte Denke, die wir 1970, 1960 gehabt haben, wenn es darum gegangen ist, Behinderteneinrichtungen, wie z. Bsp. Kainbach, an den Stadtrand auszulagern. Aber ich weiß, dass du eh nicht dieses Ziel verfolgst, hoffe ich, aber trotzdem, das wollte ich zu meiner allgemeinen Auffassung zu dem Thema sagen. Wir haben deine Kritik ernst genommen. Haben deshalb auch den Direktor der Ellen Key gefragt, ob das aus seiner Sicht eine Verbesserung darstellt und er hat ganz klar gesagt, ja. Warum? Am alten Standort war eigentlich eine Abwärtsspirale zu verzeichnen. Es waren keine Schüler mehr, die sich angemeldet haben. Am Ende des Tages hätten wir dort ein großes Schulgebäude gehabt mit keinen Schülern mehr drin und allein die Ellen-Key-Schule wäre wahrscheinlich dann drinnen gewesen und das wäre eine Schule gewesen, wo die Leute mit den Fingern drauf gezeigt hätten. Von dem her haben wir einen Standort gesucht, nämlich in der Marschallgasse, wo gerade zwei andere Schulen sind, die sich sehr gut vertragen mit der Ellen-Key-Schule. Eine Abendschule, also ältere Menschen, ältere Personen und auch die auch Klex-Schule, die ja eine Vorzeigeschule ist. Das ist eine NMS, die in Richtung Matura geht, Oeversee ist, das glaube ich, die weitere Folge. Und der Direktor hat gesagt, ja dort find ich im Schulverband eine Situation vor, wo die Schülerinnen und Schüler von ihm wirklich profitieren. Sie haben dort nicht nur Klassenräume, sondern die ganz wichtigen Ausweichräume. Wenn es einem Kind, gerade Kinder in der Ellen-Key-Schule, da haben sie Situationen, wo es ihnen schlechter geht und da können die Lehrer ausweichen in andere Klassen. Das kann man dort sehr sehr gut umsetzen. Wir haben einen Verband von drei Schulen, da kann Integration sehr gut passieren, weil eben die drei Schulen sich im Turnsaal, im Hof wieder treffen. Also von dem her, haben die Pädagogen das unterstützt und das ist ein Zukunftsmodell. Am alten Standort haben wir so eine 12-klassige Volksschule jetzt geplant und eine achtklassige NMS mit Schwerpunkt auf die Digitalisierung. Und wenn du jetzt sagst, der Standort dort ist grün und der Standort Marschallgasse ist nicht grün, beide Standorte haben einen Park, Tegetthoffpark bei der Leonhardschule und Volksgarten bei der anderen Schule. Und leider ist das gar nicht so, dass der Tegetthoffpark die heile schöne Welt ist, sondern da haben wir auch einen Bedarf, das

habe ich im Ausschuss auch ausgeführt und ich glaube, dass das ein sehr gelungenes Stück ist. Aber wir müssen das auch gut weiterbegleiten. Wenn es irgendwelche Sachen gibt auch von dem zuständigen Direktor, wäre ich gerne bereit, seine Anliegen ernst zu nehmen und schauen, wie man dann noch weiter verbessern. Aber wie gesagt, ich habe deine Bedenken ernst genommen. Ich bin felsenfest überzeugt, dass das die beste Lösung ist. Danke (*Appl. Allgem.*).

Bgm. Nagl:

Wer für das Stück ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe, ist einstimmig so beschlossen, auch wenn Frau GRⁱⁿ Marak-Fischer nicht restlos glücklich ist; sehr wohl restlos glücklich ist die Frau Stadträtin Tina Wirnsberger. Sie hat mich gebeten, dass wir jetzt auch noch die „Restlos-glücklich-Broschüren“, die das Umweltamt der Stadt Graz herausgibt, wo es unter dem Motto: „Teller statt Tonne“ praktische Tipps gibt zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen und wie man mit Lebensmitteln umgehen sollte. Eine tolle Broschüre wird auch aufgelegt und verteilt werden. Danke für die Broschüre.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – StR. Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (13.45 Uhr).

Berichterstatter: GR. Schwindsackl

**7.19 Stk. 4) A 8 - 77405/2017-82 Stadtbaudirektion Gleisbaumaßnahmen 2018
Budgetvorsorge über € 615.000,-- in der AOG
2018**

Schwindsackl:

Herr Bürgermeister, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer. Die Holding Graz Linien werden heuer im Sommer die Gleisanlagen in der Gleisdorfer Gasse, interessante Wortkombination, inklusive Haltestellenbereich Kaiser-Josef-Platz und in der Leonhardstraße, das ist im Bereich der Reiterkaserne, sanieren. Im Zuge dieser Baulose sind nach den internen Vorgaben der Stadt Graz Gestaltungsmaßnahmen vorzusehen. Kurze Beschreibung der Gleisdorfer Gasse. Es ist dort geplant, in Anlehnung an die Gestaltung der Reitschulgasse, die Gehsteige im Rahmen der Möglichkeiten zur verbreitern und mit einem Plattenbelag zu versehen. Die bestehenden Funktionen, wie Parken, Laden und Zufahren werden dadurch nicht betroffen sein. Durch diese Maßnahme wird nach der Schönaugasse, der Jakoministraße und der Reitschulgasse eine weitere in der Altstadt liegende Gasse einer Gestaltung zugeführt. Im Haltestellenbereich auf dem Kaiser-Josef-Platz werden sieben Baumstandorte vorgesehen. Im Eckbereich zur Girardigasse soll das dort bestehende untergeordnete Grün durch weitere Baumstandorte im Erscheinungsbild wesentlich auch verbessert werden. Kurze Beschreibung der Leonhardstraße, der zweite Bereich. Im Zuge der Umbaumaßnahmen in der Leonhardstraße, das ist der Haltestellenbereich Reiterkaserne, ändert sich der Straßenquerschnitt und die Lage der Gleisachse der Straßenbahnlinie 7. Die Neuorganisation des Straßenquerschnittes bietet somit die Möglichkeit, vor allem den Schülerinnen und Schülern der hochfrequentierten Haltestellen dieses Bereiches Leonhardstraße im Abschnitt Hartenaugasse und Engalgasse durch die Schaffung einer Gehsteigerweiterung aufzuwerten und dadurch den Aufbau neuer Baumstandorte zu verbessern. Der Baubeginn erfolgt mit Start, also Sommerferien im Juli 2018, die Fertigstellung ist im Herbst 2018 geplant. Die Umsetzungskosten der

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 14. Juni 2018

Gesamtgestaltungsmaßnahmen belaufen sich auf brutto € 615.000,--. Die Bedeckung dieses Betrages erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfondsbereich der Stadtbaudirektion. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus stellen nach § 95 den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, diese Straßenbauten, Gleisbaumaßnahmen 2018 eben zu beschließen. Die Bedeckung von € 615.000,-- erfolgt durch die Umschichtung aus dem Investitionsbereich der Stadtbaudirektion. Bitte diesem Antrag zuzustimmen.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

In der AOG 2018 werden folgende Budgetveränderungen beschlossen:

5.61200.002520 „Straßenbauten, Gleisbaumaßnahmen 2018“ (AOB: BD00 und DKL: BD252) € 615.000,--, 6.61200.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ € 615.000,--. Die Bedeckung von € 615.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Stadtbaudirektion - der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

GRⁱⁿ Ussner:

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuschauer auf der Tribüne, sehr geehrter Stadtssenat. Die Leonhardstraße ist ja, wie wir alle wissen, eine von fünf Straßen, die vom Autoverkehr sehr stark belastet wird und da die Straßenbahn eben dort im Mischverkehr geführt wird, führt das halt sehr oft zu Verzögerungen und damit zu einer Verminderung der Qualität unserer Öffis, wie sie eigentlich sein könnte. Genau deswegen stelle ich folgenden

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat beauftragt Verkehrsstadträtin Elke Kahr mit der Ausarbeitung eines Verkehrskonzeptes für die Leonhardstraße, das dazu beiträgt, diese deutlich vom Durchzugsverkehr zu entlasten und so eine bessere ÖV-Qualität zu erreichen. Bitte um Annahme. Danke

Originaltext des Zusatzantrages:

Die Leonhardstraße ist durch den Autoverkehr stark belastet. Dies hat naturgemäß auch massive Auswirkungen auf die Straßenbahn, die durch die Leonhardstraße ja größtenteils im Mischverkehr geführt wird. Insbesondere ab dem Abschnitt Merangasse stecken die Straßenbahnen daher häufig im Stau fest, was zu Verzögerungen und längeren Fahrtzeiten für die ÖV-KundInnen führt.

Daher stelle ich folgenden

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat beauftragt Verkehrsstadträtin Elke Kahr mit der Ausarbeitung eines Verkehrskonzeptes für die Leonhardstraße, das dazu beiträgt, diese deutlich vom Durchzugsverkehr zu entlasten und so eine bessere ÖV-Qualität zu erreichen.

Eber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte zunächst festhalten, dass es ein sehr erfreuliches Stück ist, dem wir gerne zustimmen werden. Zum Zusatzantrag der Grünen möchte ich Folgendes zu bedenken geben: Zum einen haben wir es zu tun mit einer Verkehrsplanungsabteilung, die am Rande ihrer Kapazitäten ist auf der einen Seite, zum anderen ist es also von daher sehr schwierig, in einer recht kurzen Zeit umfassend zu prüfen und eine derartige Untersuchung durchzuführen. Zum Anderen, bei dem ich mir ein bisschen schwer tue, dass man eine

Straße, in dem Fall die Leonhardstraße, herausnimmt und da versucht, sozusagen anzusetzen und den Durchzugsverkehr da einmal zu unterbinden, da müsste man das auch ein bisschen großzügiger sozusagen angehen und von daher werden wir diesem Zusatzantrag nicht zustimmen. Danke.

GR Lohr:

Sehr geehrte Damen und Herrn, hoher Gemeinderat, ich kann mich auch kurz halten. Wir Freiheitliche stimmen natürlich dem Fachstück zu. Investitionen im Öffi sind natürlich immer zu befürworten. Zur Kollegin Ussner mit dem Zusatzantrag, der Kollege Eber hat es auch gesagt, wir werden unterstützen, dass die Frau Stadtrat und die Abteilungen nicht mit sinnlosen Konzepten belagert werden. Es ist auch kein Konzept notwendig. Sie haben da eine Forderung der Pro BIM abgeschrieben, deren Ziele sind klar, da wollen wir natürlich, dass der ganze Autoverkehr in dieser Gasse zum Erliegen kommt, damit auch die Straßenbahn in ihren Augen schneller fährt, was eh nicht der Fall ist. Also keine Fahrverbote in der Leonhardstraße. Als Folge würden natürlich dann die umliegenden Straßen, der Glacis usw. zum Erliegen kommen, daher ist eindeutig der Zusatzantrag abzulehnen.

Dreisiebner:

Wir können das jetzt anschauen, wie wir wollen. Die Kollegin Ussner hat keine Fristsetzung gemacht. Sie hat auch keinen ganz engen Vorschlag im dem Sinne, was da passieren soll, gemacht. Es wurde nicht von Fahrverboten gesprochen u.ä. mehr. Sinnlos ist höchstens das, was du, lieber Kollege Lohr, von dir gibst. Ich möchte es ein wenig wirtschaftlicher anschauen. Wir haben auf diesem Bereich die Linie 7, die am stärksten frequentierte Straßenbahnlinie, fahren, wir haben die Linie 1 fahren und wir haben dort Buslinien 64 z. Bsp. fahren. Wir stellen dort teure Infrastruktur den ganzen Betrieb Holding Graz Linien mit dem Overhead usw. vor riesige Probleme und vor mehr Kosten, wenn dort in den Stoßzeiten die Straßenbahn einfach in diesen

mischgeführten Teilen, und das sind große Teile der Leonhardstraße, stecken bleibt. Und deswegen hat man z. Bsp. auch in Richtung des LKH, Medizinuniversität usw. andere Lösungen gesucht, und ich denke, auch da sind auch andere Lösungen zu finden. Natürlich muss das größer angegangen werden. Es ist keine Fristsetzung verbunden, d.h. wir sind jetzt nicht der Meinung, dass die Verkehrsplanung sofort eine Lösung finden muss und kann und soll auch eine großräumige Lösung sein. Aber bitteschön, erzählt doch nicht den 100.000 Menschen, die jeden Tag einsteigen in die Verkehrsmittel der Grazer Verkehrsbetriebe, der Holding Graz Linien, und vor allem in die Straßenbahnen, dass das sinnlos ist, wenn man dort Beschleunigungen versucht. In dem Sinn muss ich das zurückweisen, mit welcher impertinenten Ignoranz, du lieber Roland Lohr, dich herstellst und sagst, das ist komplett wurscht, ob die Leute zu spät zum Arzttermin, zu spät zur Arbeit, zu spät zur Schule usw. kommen und wie viel das an Zusatzkosten für die Stadt verursacht.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Schönbacher**: Das hat er nicht gesagt! Das ist eines Gemeinderates nicht würdig!*

StR. Riegler:

Bevor ich Herrn Gemeinderat Muhr zu Wort bitte, bitte ich um Mäßigung in der Ausdrucksweise, was der Herr Dreisiebner, glaube ich, noch nicht registriert hat. Ich bitte um eine Mäßigung in der Ausdrucksweise wegen Impertinenz und Ignoranz, das sind doch zwei heftige Vorwürfe.

GR Muhr:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen auf den Tribünen. Ja, wir werden diesem Fachstück natürlich zustimmen und wir sehen das auch als einen sinnvollen Ansatz, ein Verkehrskonzept zu machen. Darum werden wir dem Zusatzantrag der Kollegin Ussner zustimmen. Was ich natürlich

sehr seltsam finde, lieber Manfred, mangels Personals der Verkehrsplanung soll das nicht durchzuführen sein, das kann ich auch nicht gelten lassen. Erstens haben wir keine Frist und wir müssen unseren Aufgaben nachkommen. Da müssen wir halt schauen, dass auch die Beamten dazu vorhanden sind bzw. auch Prioritäten gesetzt werden. Wir haben Aufgaben zu erledigen in der Stadt und das ist für mich und für uns sicherlich kein Grund, unsere Aufgaben nicht in Angriff zu nehmen.

StRⁱⁿ Kahr:

Ich persönlich und das Verkehrsplanungsamt haben in den letzten Jahren, und tun das auch weiterhin, unsere Aufgaben sehr ernst genommen und nehmen sie auch wahr. Aber Tatsache ist, dass es viele Aufgaben gibt. Wir haben eine Abarbeitung der Prioritäten und das wird gemacht. Verkehrsberuhigung und sozusagen, wie der ÖV in der Leonhardstraße sozusagen verbessert werden kann, ist auch eine Agenda, ist aber nicht ganz oben. Und ich möchte nicht, zu denen zähle ich nicht, da den Eindruck erwecken, indem unsere Fraktion zustimmt, dass das jetzt sozusagen an oberster und vorderster Stelle ist. Und das wollte mein Kollege, GR Eber, hier zum Ausdruck bringen.

Zwischenruf: Hat er aber nicht gesagt.

GR Frölich:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich gehe jetzt nicht nur heraus, um zu verhindern, dass die KPÖ das Russlandspiel rechtzeitig erreicht. Ich bin immer dabei, wenn jemand einen Antrag stellt, dass die Frau Stadträtin Kahr die Arbeit aufnimmt und etwas unternimmt, um Dinge zu verbessern, aber der Karl Dreisiebner war da ganz lustig heraußen, als braver 7er-Fahrer und ständiger Leonhard Straßenbefahrer mit Auto, Moped, Rad usw. Ich möchte nur die Tatsachen ins rechte Licht rücken. Es gibt im gesamten Verlauf der Leonhardstraße eine Ampel, die ist mit einer

Bevorrangungsschaltung für die Straßenbahn ausgestattet. Es gibt im Bereich dort in der Maiffredygasse beim Parkhotel, wo die Straßenbahn in die Leonhardstraße einfährt, gibt es da einmal eine Station, da hat die Straßenbahn ohnehin Vorrang gegenüber dem Individualverkehr, weil sie da stehenbleibt. Da gibt es eine Station bei der Lichtenfelskünstuni, dann fährt sie über diese besagte Ampel zu einer zweiten Station drüber und ab der Seebachergasse fährt wieder nur die Straßenbahn, da gibt es keinen Individualverkehr, weil es nur mehr die Zufahrt vom Odilieninstitut und dann gibt es wieder die bevorrangte Ampelschaltung am Leonhardplatz. Also was man dort beschleunigen will, wenn man den Individualverkehr beschränkt oder behindert, das ist eine lustige Idee. Ist ein völliger Unsinn. Danke (*Appl. ÖVP*).

Riegler:

Jetzt muss ich allerdings auch Herrn GR Frölich bitten (*lautes Lachen und Applaus*), sich in Zukunft in der Äußerung zu mäßigen. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann stimmen wir über den Hauptantrag ab.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der GRⁱⁿ Ussner wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Berichterstatter: GR. Dr. Piffli-Percevic

7.20 Stk. 11) A 14-038044/2018/0001

**4.01 Flächenwidmungsplan der
Landeshauptstadt Graz – 1- Änderung 2018
Auflage des Entwurfes gemäß § 38 Abs. 1
StROG**

GR Piffli-Percevic:

Vorsitzender, hoher Gemeinderat. Kaum haben wir das Jahrzehnte-Werk der Revision unseres Flächenwidmungsplanes rechtskräftig vor uns liegen, war uns schon klar, dass auf Grund der Dynamik in der Stadt die Dinge uns weiterhin in Atem halten werden.

Gott sei Dank. Im Vorliegenden, die Nummerierung ist interessant, 4.01, das ist die erste Änderung dieses soeben erlangten Flächenwidmungsplanes, geht es tatsächlich auch um insbesondere zwei Punkte, wo wir Dinge auch dynamisch weiterentwickeln wollen. Die anderen sechs sind allerdings mehr oder weniger redaktionelle Adaptierungen, die man kann immer gescheiter werden und im Detail gibt es dann noch Präzisierungen. Also zwei Punkte, wo ich um besondere Aufmerksamkeit bitte und die sechs zähle ich dann auch noch auf.

Erstens: Es geht am Banngabenweg in der KG St. Peter um eine Ergänzung in der Verordnung wegen einer öffentlichen Parkanlage. Es ist also keine substantielle Änderung. Wir kommen zu drei Vorgängen in der KG Webling, also Straßgänger bitte besonders aufpassen, aber die 2/3-Mehrheit brauchen wir insgesamt, also alle bitte aufpassen. Das ist die nördliche Salfeldstraße. Da geht es um eine Sondernutzungsfläche Freiland Sport, betrifft 2.605 m², das ist auch eine Präzisierung. In der Martinhofstraße geht es um eine geringfügige Ausweitung um 290 m² einer Baulandwidmung, Ergänzung zu einem dort schon ordnungsgemäß ausgewiesenen Bauland und in der Erna-Fietz-Straße in der Kärntner Straße, auch Webling, geht es um 394 m², wird das Bebauungsplangebiet hier ergänzend ausgewiesen. In Liebenau geht es im Liebenauer Park, das ist der Südgürtel, um eine Adaptierung auf Grund der Flächenneuordnung, wir haben ja da den Park errichtet und jetzt sind Bebauungsplangebiete auch zu adaptieren. Was sich aus der gesamten bisherigen Planung schon logisch ergeben hat und im Stand schon eben umgesetzt ist. Der Liebenauer Park, wir hätten ja heute eine Namensgebung gehabt für einen Weg dort, werden wir das nächste Mal haben, damit der Bezirksrat auch noch ordnungsgemäß sich äußern kann. In der Annenstraße, da geht es durchaus auch um einen Innenhofschutz, der dort durch eine Ausweitung der Bebauungsplanpflicht jetzt schon besteht, also dort wirklich effektiv Annenstraße, Elisabethnergasse,

Niesenberggasse, dass dieser Innenhofschutz, zu dem wir uns vorbehaltlos bekennen, auch dort noch effektiver sichergestellt wird. Und jetzt kommen wir zu einem Punkt, wo im Bereich Grünanger, das betrifft die Bezirke Jakomini und Liebenau. Es geht hier um eine bisherige Sondernutzungsfläche Freiland Ö-Park, also öffentlicher Park, die soll umgeändert werden, eine gewisse Fläche davon, in Freiland Kleingartenanlage. Ich möchte mich ausdrücklich bedanken bei allen, die an dieser Konsensfindung teilgenommen haben. Es war eine schwierige Situation, die Kleingärten dort zu erhalten und neu zu situieren und auf diese Weise war es möglich, das alles in Verbindung auch mit der Sicherstellung einer effektiven Durchwegung in diesem Bereich. Ich habe, glaube ich, dann noch in Webling noch vergessen das Detail, dass diese eine Fläche des öffentlichen Parks eine kleine Fläche davon in Sondernutzungsfläche Freiland Sport. Da geht es um eine Hundesportfläche ober der Autobahn, das betrifft wenige Quadratmeter, die dort also auch ordnungsgemäß neu geordnet werden, damit die Infrastruktur, die für diesen Hundesportplatz schon beabsichtigt ist bzw. besteht, auch raumordnungskonform umgesetzt werden kann. Ich darf daher den hohen Gemeinderat ersuchen, die Zustimmung zu diesen im Ausschuss auch ausgiebig behandelten Punkten zu geben. Ich beziehe mich jetzt schon am Ende meiner Berichterstattung, um ein Schlusswort Ihnen zu ersparen. Aus einem Abänderungsantrag von Kollegen Klubobmann Dreisiebner, um die Auflagefrist, die vorgesehen ist, die den Juli, August umfasst, in einer maximal möglichen Dauer, die schon gewählt wurde, auch so beibehalten zu können. Es ist richtig, wir haben, wenn es über den Sommer ging, oft 10, 12 Wochen sogar gewählt. In diesem Fall und angesichts der Tatsache, dass ein Punkt herausgenommen wurde, das ist der Punkt 5, der sehr wohl durchaus in der Lage wäre, Anrainer zu betreffen, da haben wir uns vorgenommen, in der nächsten Ausschuss-Sitzung noch ausführlich darüber zu beraten. Angesichts der Tatsache, dass alle anderen Punkte so von untergeordneter Auswirkung auf die Anrainer sind, haben wir mit gutem Gewissen uns sind in der Lage gesehen, diese Frist so wie jetzt festzusetzen und wir werden daher dem Antrag auf Fristverlängerung bis Mitte Ende September unsere Zustimmung nicht geben. In

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 14. Juni 2018

diesem Sinne ersuche ich Sie alle, der Premiere für Punkt 4.01 Flächenwidmungsplan, 1. Änderung, Ihre Zustimmung zu erteilen. Herzlichen Dank (*Appl. Allgem.*)

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. die Auflage des 4.01 Flächenwidmungsplan – 1. Änderung 2018 – Entwurf in der Verordnung, der plangraphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht;
2. den Entwurf zum 4.01 Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Graz – 1. Änderung 2018 im Amtsblatt vom 27. Juni 2018 kundzumachen und im Stadtplanungsamt während der Amtsstunden in der Zeit vom 28. Juni 2018 bis 23. August 2018 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen.

StR. Riegler:

Es wurde ja schon ein Abänderungsantrag besprochen, der noch gar nicht gestellt ist. Ich darf einladen zu Wortmeldungen bzw. zum Einbringen des Abänderungsantrages.

Dreisiebner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben das gestern im Ausschuss eh schon lange diskutiert. Es gibt die Sache mit dem einen zurückgezogenen oder verschobenen Unterpunkt am Ruckerlberg, Rudolfstraße etc. Das wird in drei Wochen in einer Extra-Auflage wieder hier in den Gemeinderat gebracht werden. Ich denke, dass man öffentliche Auflagen, die das Raumordnungsgesetz uns vorschreibt, dementsprechend dringend durchziehen sollte. Der Vorschlag gestern, das alles im Juli zu behandeln mit drei Wochen Verzögerung bzw. auf Grund Erscheinungsterminen im Amtsblatt mit etwas mehr Verzögerung, dem wurde nicht nachgekommen. Was ich als Gemeinderat aus unserer Fraktion nicht unterstützen kann, ist, dass man so quasi zum Schulende, wenn die letzten Schulfeiern stattfinden, wenn man Urlaube vorbereitet, eine Auflage

beschlossen wird, auch wenn es oftmals nur korrigierende Punkte sind, zum Flächenwidmungsplan 4.0 und keine großen gravierenden Auswirkungen aus unserer ersten Betrachtung heraus da sein mögen. Aber das können AnwohnerInnen und BürgerInnen der Stadt Graz ja anders sehen. Das Ende der Auflage für acht Wochen ist eigentlich ein fairer Zeitraum, aber das Ende der Auflage befindet sich dann, um wie mit den Italienern zu sagen, das ist jetzt für den Günter Riegler zu sagen, quasi mitten im Ferragosto, und das ist für uns kein fairer Zugang. Auch wenn nur wenige Menschen unter Umständen sich das genauer anschauen und überlegen, eine Einwendung zu machen, aber es auch anschauen wollen, dann ist es eine arge Verkürzung ihrer Möglichkeiten und Rechte, die wir so nicht mittragen wollen. Ich wüsste nicht, was der Grund ist, dass man das jetzt so dringend und schnell durchbringen müssen. Niemand ist gefährdet, dass er nichts bekommt. Es erschließt sich mir aus den jetzt vorliegenden Unterpunkten nicht. Deswegen haben wir uns erlaubt, erlaube ich mir, den folgenden Abänderungsantrag zu stellen im Sinne der BürgerInnen und Bürgerinnenbeteiligung, aber auch im Sinne dessen, dass der Geist des Gesetzes sicher die Beteiligung der Menschen vorsieht.

Der Abänderungsantrag lautet:

Punkt 2. des Antrags möge dahingehend abgeändert werden, dass die vorgeschlagene achtwöchige Auflage auf Grund der Ferienzeit auf 12 Wochen ausgedehnt wird. Somit möge der Änderungsentwurf für den FLÄWI 4.0. am 28. Juni 2018 bis zum 20. September 2018 öffentlich aufgelegt werden. Wir können das dann sicherlich noch Ende dieses Jahres im November z. Bsp. hier im Gemeinderat positiv beschließen. Ich ersuche um Unterstützung des Abänderungsantrages (*Appl. Allgem.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Punkt 2 des Antrages möge dahingehend abgeändert werden, dass die vorgeschlagene 8-wöchige Auflage (28. Juni 2018 bis 23. August 2018) aufgrund der Ferienzeit auf zwölf Wochen ausgedehnt wird. Somit möge der Änderungsentwurf für den FLÄWI 4.0 vom 28. Juni 2018 bis zum 20. September 2018 öffentlich aufgelegt werden.

Eber:

Herr Vorsitzender, lieber Klaus Frölich, in aller Kürze wegen Russland (*lacht*), glaube ich, war das, der Kollege Peter Piffli-Percevic hat in seiner Berichterstattung gesprochen von untergeordneten Auswirkungen auf die Bewohner und Bewohnerinnen. Das wird wahrscheinlich in den meisten Fällen, in den meisten Punkten hier zutreffen, in einem Punkt bin ich mir nicht ganz sicher. Das ist auch ein Punkt, den wir uns noch sehr genau anschauen werden in diesen kommenden Wochen bis zur Beschlussfassung. Das ist die Frage Grünanger, und zwar beide Punkte sozusagen, einerseits die Kleingartenanlage, die dort sozusagen auf einem neuen Bereich errichtet werden soll bzw. auch die verkehrliche Situation dort. Das bedeutend, deswegen habe ich mich auch zu Wort gemeldet, weil ich das wieder einmal betonen muss, wir werden dieser Auflage zustimmen, das bedeutet aber nicht automatisch, dass wir dann bei der Beschlussfassung in allen Punkten zustimmen werden. Jedenfalls dem Abänderungsantrag von Karl Dreisiebner von den Grünen werden wir auch zustimmen. Ich glaube einfach, wir haben mit diesen Flächenwidmungsplanänderungen jetzt keine besondere Eile, von daher, glaube ich, wirklich nichts verhaut, sozusagen, wenn wir eine längere Auflagefrist ermöglichen. Danke (*Appl. Allgem.*).

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Berichterstatter: GR. Dr. Piffli-Percevic

7.21 Stk. 13) A14-055940/2017/0009

**14.23.0 Bebauungsplan „Handelstraße -
Absengerstraße - Dr.-Hans-Kloepfer-
Straße- Herbersteinstraße“, XIV. Bez., KG
Baierdorf**

Piffli-Percevic:

Mit diesem Schwung sollen wir auch den nächsten Bebauungsplanbeschlussantrag ordnungsgemäß nach sorgfältiger Prüfung und Vortrag hier schaffen. Es geht auch hier um dieses wichtige Instrument der Bebauungspläne. Ich glaube, es ist sehr viel Arbeit im Amt auch für uns, auch in den Bezirken. Ich möchte mich für die Mitwirkung herzlich bedanken. Aber es geht um eine ordnungsgemäße planmäßige Weiterentwicklung unserer Stadt. Hier auf Grund der Dichteerhöhung, auf Grund der günstigen Verkehrsanbindung in diesem Bereich der Katastralgemeinde Baierdorf zum Großraum der äußeren Reininghausstraße hinauf zur Burenstraße. Es geht hier um ein Wohngebiet geringer Dichte. Es geht hier um 5.400 m². Es geht um zehn Wohneinheiten, die dort in einem Einfamilienhauscharakterbereich ordnungsgemäß umgesetzt werden sollen. Es geht um eine offene bzw. gekoppelte Bebauung. Es ist wichtig, dass wir in solchen Gebieten nicht irgendwelche Blöcke hineinstellen, sondern den Gebietscharakter erhalten, das ist auch dadurch gewährleistet, dass wir im räumlichen Leitbild für die ganze Stadt Gebietscharakter-Spezifika festgelegt haben. Beim Bebauungsplan sind die formal zwar nicht heranzuziehen, aber das Stadtplanungsamt stellt sicher, dass genau dieser Gebietscharakter, wenn es um Bebauungspläne geht, auch in diesem sichergestellt ist. Es ist auch ein Stellplatzschlüssel vorgesehen, also eines der wichtigen Details. Ich ersuche um Annahme dieses Bebauungsplanes.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 14.23.0 Bebauungsplan „Handelstraße - Absengerstraße - Dr.-Hans-Kloepfer-Straße - Herbersteinstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und
2. die Einwendungserledigungen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. DI. Topf

**7.22 Stk. 14) A14 - 067641/2016/0007 08.23.0 Bebauungsplan
„Petersbergenstraße“ VIII. Bez., KG 63119
St. Peter**

GR Topf:

Sehr geehrter Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Hier geht es um einen relativ „einfachen“ Bebauungsplan, wenn ich das so sagen darf. Es ist der 08.23.0 Bebauungsplan „Petersbergenstraße“. Ich gehe gleich auf die Einwendungen ein, die von den öffentlichen Stellen eigentlich eingebracht wurden und nicht von betroffenen oder berührten Grundeigentümern oder Anrainern. Es gibt eine Stellungnahme des Verkehrsreferates, das insbesondere den Ausbau der Petersbergenstraße hier anspricht. Dann geht es um Sichtbeziehungen und um Übernahmen ins öffentliche Gut und auch um straßenbegleitende Bepflanzung. Das sind Dinge, die also im Baubewilligungsverfahren dann abzuführen sind, ebenso gibt es eine Stellungnahme der Energie Steiermark, wo hier in der Einwendung moniert wird bzw. aufmerksam gemacht wird, dass es hier um unterirdische Leitungsführungen geht, die zu beachten wären, und die dritte Einwendung kommt aus der Holding Abfallwirtschaft aus dem Bereich der Abfallwirtschaft. Dass es hier auch im Zuge des Baubewilligungsverfahrens um entsprechende Vorsorgemaßnahmen hinsichtlich der

Abfallwirtschaft Abfuhrordnung geht. Gegenüber dem Anhörungsentwurf gab es auf Grund dieser Einwendungen und Einwendungserledigungen keine Änderungen gegenüber dem ursprünglich aufgelegten Bebauungsplan, sodass ich den Antrag stellen möchte, der Gemeinderat wolle beschließen, den 08.23.0 Bebauungsplan „Petersbergenstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und den Erläuterungsbericht und die bereits erwähnten Einwendungserledigungen. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 08.23.0 Bebauungsplan „Petersbergenstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Haberler, MBA

7.23 Stk. 15) A14-070070/2017 /0008 07.27.0 Bebauungsplan, „Messendorfer Straße 83d-ff“, VII. Bez., KG 63110 Engelsdorf

GR Haberler:

In dem Stück geht es um den Bebauungsplan in der Messendorfer Straße. Es gab Einwendungen eigentlich nur von Leitungsträgern, nicht von unmittelbaren Nachbarn. Anzumerken ist, dass die Autobahnfahrt und der Zug unmittelbar daneben sind. Von den Bezirksvorstehern gab es den Hinweis, dass wir dann quasi die Käufer informieren

mögen, dass es dort laut ist und dass sie dann keine Beschwerden bringen mögen. Ich bringe den Bebauungsplan 07.27.0 Messendorfer Straße 83d-ff, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärungen und dem Erläuterungsbericht und die Einwände und die Einwendungserledigung zur Abstimmung und bitte um die Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 07.27.0 Bebauungsplan „Messendorfer Straße 83 d-ff“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen (gegen KPÖ).

Berichterstatter: GR. DI. Sickl

**7.24 Stk. 16) A14-077027/2017/0008 08.26.0 Bebauungsplan „Kitnerweg“
VIII. Bez., KG St. Peter**

GR Sickl:

Werte Damen und Herren. Ich berichte von einem sehr großen Bebauungsplan mit einer Größe von 1.356 m². Es geht hier um ein Grundstück, das bebaut werden soll. Einwendungen gibt es an sich keine. Von Bürgern gab es eine Einwendung bezüglich der Zufahrt, da gibt es ein Servitutsrecht, das geklärt ist. Daher bitte ich, den Antrag zu unterstützen, dass der Gemeinderat beschließen wolle, den Bebauungsplan bestehend aus dem Wortlaut und der zeichnerischen Darstellung samt Planerklärung und dem Erläuterungsbericht und die Einwendungserledigungen zuzustimmen.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 08.26.0 Bebauungsplan „Kitnerweg“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter GR. Haberler, MBA

7.25 Stk: 17) A 14/125872-2015

**07.22.0 Bebauungsplan, „Kloiberweg“,
VII.Bez., KG Neudorf**

Haberler:

Im gegenständlichen Planungsareal handelt es sich um den Kloiberweg. Das ist eine sehr große Liegenschaft, die durch die Fa. Kohlbacher bebaut werden soll. Es gab zahlreiche Einwendungen bezüglich des Kloiberweges und wegen der Durchwegung und die Verkehrssituation dort nicht sehr befriedigend ist. Die Fa. Kohlbacher räumt uns vertraglich ein, und das wird auch nach Beendigung der Bauarbeiten uns zugesagt, dass die Stadt Graz das öffentlich, die Bevölkerung, die Gesamtbevölkerung die Wege dort benützen darf und eine Durchwegung quasi auch für die Schulkinder usw. sichergestellt ist. Deshalb bringe ich den 07.22.0 Bebauungsplan Kloiberweg, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärungen und Erläuterungsbericht sowie die Einwendungserledigungen zur Abstimmung. Ich bitte um Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 07.22.0 Bebauungsplan „Kloiberweg“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht und
2. die Einwendungserledigungen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Berichterstatter: GR. Dreisiebner

7.26 Stk. 18) A23-028979/2013-0080 **Immissionsschutzgesetz Luft, IG-L Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung (PM 10/NO2) Studie TU-Graz / UBA Wien: Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in Graz, Informationsbericht**

Dreisiebner:

Der Punkt der Geschäftsordnungswortmeldung ist der, dass es zwischen den Klubs, zwischen den Klubobleuten eine gute Vereinbarung zur Erleichterung unserer Arbeit gibt. Abänderungszusatzanträge uä. mehr bis um 10.00 Uhr in der Regel, weil um 12.00 Uhr die Gemeinderatssitzung beginnt, bis um 10.00 Uhr abzugeben. Das Stück, das jetzt aufgerufen werden wird und präsentiert werden wird, ist rechtzeitig den Klubs zugegangen. Am Montag hat der Ausschuss getagt. Es ist dort im Ausschuss auch eine Abstimmung erfolgt, die Texte sind bekannt. Um ziemlich genau Punkt 13.00 Uhr überreicht mir Klubobmann Sippel, gratuliere an dieser Stelle zum 10-jährigen Jubiläum, (*Applaus*) als solcher und genau deswegen solltest du dich auch halten an unsere Vereinbarungen, weil du es schon zehn Jahre ausübst, überreichst du mir einen Abänderungsantrag mit einer kleinen, aus deiner Sicht kleinen, aber ich denke doch hier nicht ganz fairen Änderung des Infoberichtes an den Gemeinderat und des Beschlusstextes. Wir haben immer wieder solche Situationen, dass es knapp wird. Das verstehe ich auch. Es gibt Abänderungen und dann macht man eine Abänderung zu

einer Abänderung oder Stücke kommen sehr spät. Da bin ich wirklich nicht der, der wirklich nicht auf die Minute schaut oder auf eine Stunde mehr. Das kann alles sein. In dem Fall ist es wirklich eine Hintertreibung dessen, was wir im Grunde in der Klubobleutekonferenz ausgemacht haben, was auch von uns z. Bsp. in der letzten Gemeinderatssitzung bei den Grünen ganz massiv und laut eingefordert worden ist und jetzt frage ich mich, wie wir da umgehen? Gibt es Gleiche und gibt es Gleichere? Sind wir jetzt auf der Farm der Tiere? Oder was ist da der Fall? Und ich beantrage hiermit an dieser Stelle eine 10-minütige Unterbrechung der Gemeinderatssitzung für eine kurze Klubobleutebesprechung. Vielen Dank (*Appl.*).

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der vorliegende Informationsbericht wird zur Kenntnis genommen.

GR Mag. **Sippel:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat. Das ist ja interessant. Herr Karl Dreisiebner wird zum I-Tüpfelreiter. Ich meine, gerade du, der die letzten Jahre immer am letzten Abdruck mit irgendwelchen Abänderungs- und Zusatzanträgen dahergekommen ist, regt sich jetzt auf, wenn wir einmal einen Abänderer einbringen, der, glaube ich, weil er eine Zeile umfasst, wo einfach das Wort „zustimmend“ gestrichen werden soll, jetzt nicht so schwer nachzuvollziehen ist, oder? Ich glaube, der Grund war derjenige, dass man früh genug dran sein soll mit Abänderern, damit man das auch alles nachvollziehen kann, was da drinnen steht. Das war nämlich der Gedanke dahinter. Diesmal geht es darum, dass man einfach dieses „Zustimmen“ streichen, weil ich glaube, man kann etwas zustimmen bzw. man kann etwas anerkennen, nämlich einen Informationsbericht, aber man kann ihn eben nicht zustimmend anerkennen bzw. wir tun uns da in dem Bereich sehr sehr schwer. Weil es einfach ein Punkt ist, den wir so nicht ganz einfach zur Kenntnis nehmen wollen. Weil ich kann etwas zur Kenntnis nehmen, was ich befürworte und ich kann etwas zur

Kenntnis nehmen, was ich nicht befürworte. Aber ich kann etwas nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen, was ich nicht befürworte. Genau um das geht es, und wenn du das nicht nachvollziehen kannst diese eine Zeile, dann tut es mir sehr sehr leid. Aber ich gebe dir Recht, wir sollten uns an diese Vereinbarungen halten, das ist völlig richtig. Aber in dem Fall kann man eine Ausnahme machen, weil es um eine Zeile geht, die da herinnen jeder versteht (*Appl. Allgem.*).

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (14:25 Uhr).

Frölich:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf für unseren Klub auch sagen, dass es grundsätzlich natürlich von allen gewünscht ist, dass man Vereinbarungen, die man auch auf so einer Ebene besprochen hat, einhält. Ich bin aber auch schon lange genug dabei, um ganz ehrlich sagen zu dürfen, solche Vereinbarungen sind noch nie lückenlos eingehalten worden und zum Hintergrund, warum wir das vereinbart haben, ganz ehrlich, wir haben oft Zusatzansätze oder Abänderungsanträge und eingereichte Schriftstücke, wo man sich wirklich inhaltlich damit sehr sehr intensiv auseinander setzen muss, um zu sehen, was ist Konsequenz, was ist die Absicht und man müsste das im Klub noch einmal durchbesprechen und verschiedene Aspekte beleuchten, wo man ein Wort ändert. Bitte, da wirst wirklich zum I-Tüpfel-Reiter. Das ist lächerlich. Denn gerade von Seiten der Grünen gibt es immer künstliche Aufgeregtheit bei den Grünen, wenn ihr nicht die seid, die Regeln nicht einhalten. Aber tut nicht so, als ob ihr nicht auch schon sehr oft Dinge eingebracht hättet, die nicht ganz den Spielregeln entsprochen haben (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Den Spielregeln, glaube ich, entspricht das. Es gibt den Wunsch der Unterbrechung, es gibt auch eine Chance dann für eine Pause. Wer dafür ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe, dann ist der Gemeinderat für die nächsten 10 Minuten unterbrochen. Ich darf die Klubobleute bitten.

Die Klubobleute verlassen den Gemeinderatssitzungssaal und die Sitzung wird von 14:25 bis 14:50 Uhr unterbrochen.

Bgm. Mag. Nagl

Wir setzen die Sitzung fort, zur Geschäftsordnung hat sich Herr Klubobmann Sippel zu Wort gemeldet.

Sippel:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat. Man sieht, der Gemeinderat ist eine sehr dynamische Einrichtung. Das ist ja auch grundsätzlich gut so. Grundsätzlich muss man auch dazu sagen, dass dieser Abänderungsantrag ja nicht der Geschäftsordnung widerspricht, aber es gibt eine Vereinbarung, das ist sehr richtig und an diese Vereinbarung haben sich alle zu halten. Das gilt für uns, das gilt für alle anderen auch. Wir werden auch in Zukunft so tun und uns daran halten. Wir werden das aber auch zum Anlass nehmen, uns in Bälde wieder zusammzusetzen, in einer Klubobleutekonferenz über das zu sprechen, über viele andere Dinge zu sprechen, auch was das Thema Kenntnisnahme von Informationsberichten betrifft und uns unterhalten, zustimmende Kenntnisnahme ja oder nein, also da, glaube ich, kann man sich ja darüber unterhalten. Im Anschluss wird jetzt meine Kollegin Astrid Schleicher diesen Antrag einbringen. Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken bei den

Klubobleutekollegen, dass sie uns diese Kulanz heute geben, dass wir den Abänderungsantrag einbringen können. Herzlichen Dank (*Appl. Allg.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Dann kommen wir jetzt zum Stück. Der Gemeinderat hat ja mittels eines dringlichen Antrages das Land Steiermark gebeten, das Thema Feinstaub nicht nur in Graz, sondern in der ganzen Region zu untersuchen und eine solche Studie wurde vom zuständigen Landesrat Lang ja auch in Auftrag gegeben, wurde auch vorgestellt. Heute wird sie im Gemeinderat vorgestellt und diskutiert.

StRⁱⁿ Wirnsberger:

Sehr geschätzte Kollegen der Stadtregierung, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Gäste auf der Galerie. Ich darf, der Herr Bürgermeister hat das schon gesagt, heute Bericht erstatten über einen Informationsbericht zu einer Studie, die das Land Steiermark in Auftrag gegeben hat. Die Studie hat den Titel: „Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in Graz“. Vielleicht noch einmal ganz kurz zur Genese. Der Herr Bürgermeister hat das bereits angeschnitten. Es ist am 16. Juni 2016 hier im Gemeinderat beschlossen worden, dass wir uns wünschen, dass es eine Zusammenarbeit mit dem Land Steiermark eine Weiterarbeit an der sehr prekären Luftsituation, an Verbesserungen der sehr prekären Luftsituation hier in Graz gibt. Da wurde in Folge ein Stadt-Land-Arbeitskreis eingerichtet. In diesem Arbeitskreis sind die Fachämter des Landes Steiermark und der Stadt Graz mit diesem Thema befasst. In weiterer Folge wurde im Juli 2017 der Auftrag an die TU Graz und das Umweltbundesamt in Wien vergeben, eine Studie zu den Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität vorzulegen und da wurden drei unterschiedliche Maßnahmen ursprünglich betrachtet, das war die Parkraumbewirtschaftung, das war Road Pricing, also eine City-Maut, und das war ein planbarer autofreier Tag. Parkraumbewirtschaftung, so geht auch aus der Studie hervor, wurde in der Folge

dann nicht weiter ausgeführt, da das in Graz bereits relativ ausgereizt ist dieses Thema. Man hat sich dann konzentriert auf City-Maut und auf planbaren autofreien Tag. Diese Studie war um Ostern herum dann fertig und natürlich war die Neugierde groß, was die Ergebnisse sind, zumal, wenn wir rechtzeitig zur nächsten Feinstaubsaison bereits eine Grundlage für Maßnahmen zur Verbesserung haben wollen, dann ist es wichtig, dass man das zeitnah angeht. Es gab dann eine Pressepräsentation des Bürgermeisters gemeinsam mit dem zuständigen Landesrat Lang, bei der die Studienautoren leider nicht anwesend und eingeladen gewesen sind, um diese Inhalte zu präsentieren. Wir haben das dann im Umweltausschuss nachgeholt und den Studienautoren erstmals die Gelegenheit gegeben, die Ergebnisse ihrer Arbeit selbst zu präsentieren, Fragen zu beantworten und dies auch zu diskutieren. Nun zum Informationsbericht, zum vorliegenden Stück. Zu dem ich sagen möchte, das ist das Kapitel Nr. 6 aus dieser Studie heraus. Man erkennt das sehr gut an den Anführungszeichen, die am Anfang und am Ende des Textes stehen, dh. alles was hier ab dem Anführungszeichen steht, ist eins zu eins aus der Studie heraus, nämlich die Schlussfolgerung und die Handlung sind gelungen. Die lauten folgendermaßen: Wenn man die erforderlichen Emissionsreduktionen erreichen möchte und wenn diese erforderlichen Emissionsreduktionen, das ist eine Fußnote, eine Erläuterung von mir, dann müssen wir auf die Grenzwerte laut Luftqualitätsrichtlinie kommen, das ist die Einhaltung des NO₂ Grenzwertes von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter. Wenn man nach dem IGL geht, sind sogar 30, wenn man auf diese Grenzwerte kommen möchte, dann ist eine Reduktion von 20 % notwendig, nach IGL sind sogar 50 %. Ein City-Maut-System, würde es in Betrieb genommen werden, könnte diese Einhaltung gewährleisten. Die vergleichsweise hohe Emissionsreduktion von den 20 % ergibt sich aus einer sehr starken Abnahme der Fahrleistung, dh. die gefahrenen Kilometer würden dadurch reduziert. Weniger Verkehr, so lautete es in der Studie in den Ergebnissen, bedeutet zugleich ua. weniger Stau, weniger Zeitverlust, geringeren Tagdruck, mehr verfügbare Fläche für den Umweltverbund, weniger Konfliktsituationen, eine Harmonisierung des Verkehrsflusses. Zudem würde ein Mautsystem Einnahmen generieren, die man wieder investieren könnte in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder aktiver

Mobilität. Betrachtungen der Einführungs- und Betriebskosten tätigt die Studie keine mit dem Grund, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich ist. Sie empfehlen dazu, in einem ersten Schritt das Systemdesign zu spezifizieren und darauf aufbauend eine umfassende Kosten-Nutzen-Analyse anzustellen. Hinsichtlich des möglichen Zeithorizontes, wann die Maßnahme wirksam werden kann, halten sie fest, dass ein City-Maut-System vergleichsweise zum autofreien Tag, vergleichsweise mit hohem Planungs- und Umsetzungswand verbunden ist, dabei nimmt die Bestellung, Einrichtung und Inbetriebnahme der technischen Komponenten, so weiter in der Studie, allerdings weniger Zeit in Anspruch als die vorgelagerten politischen und rechtlichen Abstimmungsprozesse. Sie leiten folgende Schlussfolgerungen und Empfehlungen ab, sowohl der autofreie Tag als auch die City-Maut sind effiziente Maßnahmen zur Senkung der Verkehrsmengen und der damit verbundenen Umweltbelastungen. Die City-Maut zeigt in der simulierten Form fast den doppelten Effekt auf Fahrleistungen und Emissionen wie der autofreie Tag. City-Maut-Systeme sind mit hohem Planungs- und Umsetzungsaufwand verbunden und lassen demzufolge keine kurzfristige Wirksamkeit erwarten. Langfristig könnte ein autofreier Tag nach Kennzeichen zum Ausweichen auf andere Kfz wie Mofas, Roller, Zweit-Pkw führen. Die ÖV-Auslastungen werden auf die Maßnahmen zu den Spitzenstunden auf einzelnen Linien deutlich ansteigen. Die City-Maut führt langfristig zu Mehreinnahmen, die zur Verbesserung des ÖV sowie der Rahmenbedingungen für aktive Mobilität führen können. Am Ende dieser Handlungsempfehlungen und Schlussfolgerungen stellen sie noch einmal City-Maut und autofreien Tag gegenüber und kommen zu dem Schluss, dass als Gesamtkonzept die City-Maut langfristig betrachtet Vorteile gegenüber dem autofreien Tag hat, weil sie eben eine deutlich stärkere Reduktion der Luftschadmissionen und Einnahme generiert, mit dem man das erforderliche ÖV-Angebot ausbauen könnte. Der autofreie Tag zeigt im Vergleich zur City-Maut weniger Wirkung, dafür erfordert die Maßnahme aber weniger administrativen Aufwand und geringere Investitionen, ist schneller umsetzbar und das ist hinsichtlich einer Handlungsempfehlung zur kurzfristigen Reduktion der Luftschadmissionen zu berücksichtigen. Insgesamt wird vorbehaltlich der Ergebnisse einer etwaigen Analyse

wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Auswirkungen die Einhebung einer City-Maut im bestehenden Sanierungsgebiet Großraum Graz empfohlen. Die Frage nach der erforderlichen Höhe der Gebühren sollte im Rahmen der genannten Kosten-Nutzen-Analyse beantwortet werden. Falls eine zeitnahe Realisierung eines City-Maut-Systems in Graz innerhalb der kommenden zwei bis drei Jahre nicht zu erwarten ist, stellt die Verordnung autofreier Tage eine wertvolle Alternative dar.

Dieser Informationsbericht ist noch einmal uns auch wichtig gewesen, den hier im Gemeinderat einzubringen, um die Vermischung von den Fakten, die aus der Studie herausgegangen sind und politischen Botschaften auseinander zu dröseln und dem Gemeinderat hier auch die Möglichkeit zu geben, die Grundlagen und die Fakten, die in dieser Studie erarbeitet wurden, zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Dies wurde im Umweltausschuss vorberatend auch einstimmig zustimmend angenommen und ich darf nun als Berichterstatterin folgenden Antrag stellen:

Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit stellt gemäß § 45 Abs 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz

den Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen, der vorliegende Informationsbericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Herzlichen Dank (*Appl. Allgem.*).

GRⁱⁿ Heinrichs:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Heute nicht ganz so knapp wie sonst, dafür aber ohne Daten, darf ich mich sozusagen mit unserem Eindruck zum Stück, aber auch mit der Conclusio, nicht nur Eindruck, sondern auch mit der Conclusio zum Stück und zum Geschehen zu Wort melden. Am dieswöchigen Montag, wie schon gesagt, wurde uns also im Umweltausschuss jene Studie erläutert, welche uns vor der letzten Gemeinderatssitzung am 17. Mai und während der Gemeinderatssitzung in ihrer Interpretation mehr als überrascht hat. Wir wurden

damit eher überrumpelt. Das Ergebnis der Grundaussage der Studie stellt laut den Verfassern, wir haben das im Ausschuss gehört, fest, dass die seit langen Jahren gesundheitsschädigende Belastung der Grazer Luft durch diverse Schadstoffe jedenfalls durch eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs sofort deutlich verringert werden könnte, wenn auch keinesfalls aufgehoben. Zwei Varianten sind genauer untersucht. Wir haben schon gehört: die City-Maut als wirksamere Möglichkeit auf der einen Seite und der autofreie Tag, technisch rascher und einfacher einzuführen auf der anderen Seite. Gleich an dieser Stelle, die KPÖ spricht sich ua. aus diesem Grund für diese Variante aus, weil wir meinen, dass endlich, rasch mit längst nötigen Maßnahmen die Luftqualität zu verbessern, gestattet werden sollte. Immerhin drohen ja auch EU-Strafen nach dem Vertragsverletzungsverfahren wegen der zu hohen NOx-Werte, die Tagessätze, wie wir es auch im Ausschuss erfragen konnten, belaufen sich je nach Wirtschaftsleistung bei € 1.000,-- bis € 10.000,--. Die Stadt Graz hat sich selbst in ihren vom Gemeinderat beschlossenen Verkehrskonzepten wiederholt und seit vielen Jahren eine Reduktion des MIV-Anteiles und eine Erhöhung des Anteils sanfter Mobilität, vor allen Dingen öffentlicher Verkehr, verordnet. Die Luftschadstoffe sind aus dem heraus ein Teil des Problems. Lärm, Sicherheit, Platzbedarf ua. Aspekte von Ressourcen sind die anderen Komponenten der ganzen Problematik. Verbesserungen bei den genannten Missständen wurden bislang wegen des fehlenden politischen Willens und damit zusammenhängend mit den fehlenden finanziellen Ressourcen weit verfehlt. Der MIV-Anteil ist sogar angestiegen. Unter anderen Medien besagt Spiegel online im Jänner 2018, dass sehr wohl die Benziner mit ihren fehlenden Partikelfiltern die größten Feinstaub- und Ultrafeinstaubemittenten sind. Und die Betriebsbedingungen der Pkw besonders im städtischen Bereich die sorgen für die hohen Schadstoffemissionen. Zum Dieselfahrzeug passen zwar deren Filter, gleichzeitig aber auch ganz offensichtlich ein sehr breites Angebot an Schummel-Software, was wir ja täglich neuen Berichten entnehmen können. Zu MIV versus ÖV, die Stadt kann nicht beides fördern, Platz und Ressourcen sind knapp. Wir müssen Farbe bekennen, will heißen: Restriktionen bei MIV oder das Thema kümmert uns nur am Rande, wozu dann aber die Studie? Die klare Aussage der Experten im

Umweltausschuss lautete: für Graz wäre eine breite und hohe Maßnahmenintensität, damit 64 Tonnen Feinstaub und 2.875 Tonnen Stickoxide in Graz pro Jahr reduziert werden können, dringend notwendig. Ohne Begleitmaßnahmen ist nichts zu machen. Das Gebot der Stunde lautete für uns: Infrastrukturmaßnahmen, Ausbau des öffentlichen Verkehrs inklusive Stadtrand sowie Regionalverkehr. Ausbau des Rad- und Fußverkehrs, neue effizientere Formen der Autonutzung, Carsharing, Citylogistik, Nahverkehrsabgabe. All das muss selbstverständlich sozial- und wirtschaftsverträglich sein. Bei der City-Maut wäre der Effekt mit minus 20 %, wir haben schon gehört, laut Experten zugegeben etwa doppelt so hoch wie beim autofreien Tag. Es wären aber auch die Belastungen für jene, die auf das Auto angewiesen sind (Zumutbarkeit von Arbeitsstellen bei Wegzeiten von mittlerweile bis zu vier Stunden pro Tag mit nahezu € 2.000,- pro Jahr), nach unserer Meinung sozial nicht vertretbar. Die KPÖ spricht sich also daher klar für die Variante autofreier Tag aus. Fragliche Interpretationen, meine Damen und Herren, aufwendiger teurer Studien. Anders gesagt, man spürt die Absicht und man ist verstimmt, den Straßenausbau hintanzustellen, Mobilitätskonzepte zurückzustellen. Die sattsam bekannte Luftgüteproblematik nach Jahrzehnten immer noch nicht in Angriff nehmen zu wollen, das geht gar nicht. Andere, weniger von ihrer Lage her beungünstigte Städte, planen moderner Weise Verkehrsbeschränkungen. Danke für die Aufmerksamkeit (*Appl. Allgem.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, werte Gäste, werte Zuhörer auf der Galerie. Wie schon gehört, wurde uns eben im Umweltausschuss die Studie von zwei Experten, zwei Autoren nähergebracht und auf die zwei Modelle, wie schon erwähnt, näher eingegangen. Eben einmal die City-Maut, bei welcher Menschen dafür zahlen müssen, um in die Stadt fahren zu dürfen und einmal die autofreien Tage, also schlichtweg eben Fahrverbote. Dass beide Varianten jetzt zu weniger Autos in Graz führen würde, ist, glaube ich, keine Überraschung gewesen, aber was die Studie nicht berücksichtigt hat, was auch mehrmals von den Autoren selbst natürlich erwähnt wurde, sind Aspekte zum

Wirtschaftstourismus und Freizeitstandort Graz, auch die gesellschaftlichen und sozialen Folgen wären noch zu untersuchen. Das heißt, es wird nicht auf die Wirtschaftstreibenden, beispielsweise in der Innenstadt, Rücksicht, genommen, welche dann um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfen müssten, wenn die Leute lieber z. Bsp. nach Seiersberg fahren, um einzukaufen gehen und nicht € 8,--, so wie es kolportiert wurde, € 8,-- könnte eine City-Maut ausmachen, zu zahlen, um nach Graz in die Stadt zu fahren. Auch der soziale Aspekt wurde ausgespart. Wer kann es sich schon leisten, jeden Tag € 8,-- zu zahlen, um in das Stadtgebiet zu kommen? Natürlich treffen diese Maßnahmen eben einkommensschwache Menschen, auch der autofreie Tag. Denn Familien mit einem Auto dürfen nicht fahren, Familien mit zwei Autos steigen dann einfach auf das zweite Auto um. Das ist in unseren Augen alles andere als fair und deshalb darf ich hier, wie schon so oft, erwähnen, dass es mit uns sicher keine Fahrverbote, keine unsozialen Fahrverbote geben wird. Würden nur 10% der Autofahrer auf die Öffis umsteigen, die öffentlichen Verkehrsmittel mit der jetzigen Kapazität hätten nicht die Möglichkeit, das zu bewerkstelligen. Ein weiteres trauriges Schmankerl von Experten im Umweltausschuss: Hätten wir keine Diesellabgasskandale gehabt, dh. hätte die Autoindustrie saubere Autos mit der schon vorhandenen Technologie verkauft, dann hätten wir seit 10 Jahren, seit 10 Jahren, keine Überschreitungstage mehr in Österreich, was das NOx betrifft. Warum sollten die Grazer Bürger, warum sollte die Bevölkerung auch für diese Missstände zahlen? Fazit ist für uns, wir nehmen diesen Bericht natürlich zur Kenntnis, aber ganz sicher nicht zustimmend und deshalb mein Abänderungsantrag. Der Gemeinderat wolle beschließen, im Antragstext wird das Wort „zustimmend“ entfernt (*Appl. Allgem.*).

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der vorliegende Informationsbericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Originaltext des Abänderungsantrages

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Antragstext wird das Wort „zustimmend“ entfernt.

Der Abänderungsantrag wurde gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ussner:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne. Die ursprüngliche Kommunikation über die Studie hat ja zu vielen Diskussionen und Irritationen geführt und ich möchte es noch einmal bitte klar festhalten auch für das Protokoll: Der Autoverkehr ist in Graz für 45 % des Feinstaubes verantwortlich und bei den Stickoxiden sind 80 bis 90 %.

*Zwischenruf GR **Rajakovics**: Das sagst du jetzt, das haben die Techniker aber nicht gesagt.*

Ussner: Das haben die Techniker im Umweltausschuss gesagt, es gibt zum Glück wahrscheinlich ein Protokoll von diesem Ausschuss, da kann man das dann nachschauen. Jedenfalls haben sie gesagt, dass die Stickoxide zu 80 bis 90 % vom Autoverkehr verursacht werden und, Frau Schleicher, das stimmt, sie haben auch gesagt, dass die Dieselfahrzeuge da einen großen Anteil daran haben, sie haben aber nicht gesagt, dass wir keine Überschreitungstage mehr hätten. Das kann man alles bitte dann im Protokoll nachschauen. Mir ist es wichtig, dass das da hier wahrheitsgetreu auch übermittelt wird im Gemeinderat. Die Kosten sind schon angesprochen worden. Es sind jetzt von der EU die ersten Verfahren eingeleitet

worden gegen Mitgliedsstaaten, die regelmäßig Überschreitungstage haben und es sind, wie gesagt, mehrere € 1.000,-- bis € 10.000,-- pro Überschreitungstag. Also das sind wirklich Summen, die weh tun und es kann nur in unserem Interesse sein, dass wir da was dagegen machen und die Autoren der Studie haben auch klar gesagt, dass es ohne Fahrverbote nicht gehen kann. Sie haben weiters gesagt, sie würden wirklich spezifisch eine City-Maut empfehlen, wo es nicht nur um € 8,-- gegangen, sondern um € 3,-- . Sie haben gesagt, den größten Effekt trifft man mit einer City-Maut von € 3,-- und wenn man auf € 8,-- steigert, würde man gar nicht einmal mehr Leute dazugewinnen oder so viel Feinstaubersparungen, sondern € 3,-- hätten den größten Effekt. Genau, sie haben auch gesagt, dass die City-Maut nicht als einzelne Maßnahme funktionieren kann. Wir brauchen ein gesamtes Konzept, von dem die City-Maut nur ein Teil davon sein kann. Gut, das einmal dazu. Die öffentliche Diskussion in den Medien hat ja auch gezeigt, dass bei den Bürger und Bürgerinnen der Stadt Graz sehr viel Bedarf ist, darüber zu reden und wirklich die richtigen Informationen über diese Studie zu bekommen und deshalb stelle ich eben im Namen der Grünen den Zusatzantrag, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, die Ergebnisse der Studie „Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in Graz“ der TU Graz und des Umweltbundesamtes Wien werden im September 2018 der Öffentlichkeit im Rahmen einer Enquete der Stadt Graz präsentiert. Bürgermeister Nagl wird beauftragt, diese Enquete unter Einbindung der für die Bereiche Verkehrsinfrastruktur, Verkehr, Umwelt und Gesundheit zuständigen Stadträtinnen und Stadträte vorzubereiten. Experten und Expertinnen, insbesondere natürlich die Autoren der Studie, sollen den Grazerinnen und Grazern die Studienergebnisse detailliert präsentieren, Fragen beantworten und für eine Diskussion zur Verfügung stehen. Bitte um Annahme (*Appl. Allgem.*).

Marak-Fischer:

Geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen. Die Studie ist, glaube ich, eine ganz wertvolle Grundlage, die wir jetzt vor uns liegen haben und es ist gut und man kann nur dem Land hier auch danke

sagen, dass es diese Studie gegeben hat und dass sie finanziert wurde. Die Studie belegt eines ganz klar: Die beiden Maßnahmen sind wirkungsvoll, aber sie werden nicht ausreichen. Jetzt kann man aus diesem Satz, keine der beiden Maßnahmen reicht aus, um das Problem unserer Luft in Graz zu lösen, so deuten, wie es teilweise die FPÖ deutet, nämlich, nein, dann machen wir sie nicht, oder man kann sie so deuten, wie sie auch verstanden werden sollte und wie sie auch gemeint war von den Studienautoren, nämlich es reicht nicht allein eine dieser beiden Maßnahmen, sondern es braucht noch weitere Maßnahmen, weil unsere Luft eben leider noch immer bei weitem nicht so ist, wie sie sein sollte. Das heißt, wir stehen auch auf dieser Position, ja, wir müssen weiter über eine dieser beiden Maßnahmen reden und ja, wir brauchen noch viele weitere Maßnahmen. Wir werden weiterhin daran arbeiten müssen, dass unsere Heizungen noch besser werden, dass die Fernwärme noch weiter ausgebaut wird. Wir werden schauen müssen, dass wir auch über den Ausbau des Radverkehrs das Mobilitätsverhalten in Graz verändern, wir werden noch viele viele Maßnahmen, wir müssen mehr begrünen und und und, und wir müssen über eine dieser beiden Maßnahmen weiter nachdenken. Wir als SPÖ kaprizieren uns nicht darauf zu sagen, nur die eine Maßnahme und die andere nicht. Denn dann werden wir nie zu einem politischen Kompromiss kommen. Denn eines ist klar, und das hat auch der Landesrat Lang deutlich gesagt, immer wieder und es wird leider oft nicht gehört oder missinterpretiert. Aber Toni Lang hat gesagt, die Stadt, der Gemeinderat muss sich einigen auf ein Modell, dann wird sich das Land dem nicht verwehren und das ist unsere Aufgabe und die wird uns auch niemand abnehmen, dass wir zu einem politischen Kompromiss kommen und dass wir politisch zu einer Lösung kommen, die für unsere Stadt die beste ist. Abgesehen davon werden wir auch die Umlandgemeinden ganz dringend dafür brauchen. Das ist ein regionales Thema. Das ist nicht nur ein Problem, das in Graz selbst produziert wird und das auch nur Auswirkungen auf Graz hätte. Ich glaube, wir müssen uns auf jeden Fall hier mit den Umlandgemeinden und in der Großregion Graz mit diesem Thema befassen und darüber auch Gespräche führen und eines ist auch klar, es ist ganz deutlich in der Studie herausgekommen, die City-Maut ist die wirkungsvollere der beiden

Maßnahmen. Sie braucht aber auch flankierende Begleitmaßnahmen und die wichtigste dafür ist sicher der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, weil die Kapazität derzeit noch nicht vorhanden ist. Wir haben hier im Gemeinderat, Gott sei Dank, auch die Weichen zu einem massiven Ausbau gestellt. Das Land Steiermark, auch hier wieder Landesrat Lang, hat erfreulicherweise seine finanziellen Mittel zugesichert, was noch aussteht, liebe FPÖ, ist die Zusage von eurem Bundesminister, die wäre absolut wichtig in diesem Zusammenhang. Denn natürlich braucht es zuerst auch einen besseren ÖV, damit beim Umstieg die Menschen dann auch tatsächlich das Angebot vorfinden und in ihrer Mobilität nicht beschränkt werden. Ganz wichtig aber hier, glaube ich, seid auch ihr gefragt, euch in Wien bei eurem Minister dafür einzusetzen, dass er das Drittel beim Ausbau des ÖV auch übernimmt, denn das wäre schon riesig geholfen. (*Appl. Allgem.*)

Und abschließend, unsere Position dazu ist, es ist gut, dass es die Studie gibt. Wir müssen weiterhin im politischen Diskurs bleiben. Wir unterstützen sehr gerne auch den Zusatzantrag der Grünen, dass es eine Enquete zu dem Thema gibt. Denn ja, wir müssen weiterreden, wir müssen weiterverhandeln, um möglichst schnell auch zu einer politischen und von weiten Teilen tragbaren Version zu kommen. Danke (*Appl. Allgem.*)

GRⁱⁿ Schleicher:

Danke, dass ich mich noch einmal zu Wort melden darf, um etwas richtigzustellen. Immerhin, Kollegin Ussner, hast du mich vorher der Unwahrheit bezichtigt. Ich bin ja auch Vorsitzende vom Umwelt- und Gesundheitsausschuss und muss deshalb zwangsläufig ziemlich genau zuhören, und in der Diskussion nach dem Bericht zum Stück hat der Herr Lichtblau vom Umweltbundesamt Wien gesagt, ich lese das so vor, wie ich es mitgeschrieben habe, es ist jetzt nicht einwandfrei richtiges Deutsch: NO_x, wenn kein Dieselskandal, dann seit 10 Jahren keine Überschreitungstage in Österreich, auf Gesetzesebene noch möglich, nicht saubere Autos zu liefern, EURO 6, theoretisch gut. So viel dazu. Dann darf ich noch sagen zum Zusatzantrag: Die Studie ist ja

transparent auf der Stadt Graz Homepage oder im Land ersichtlich und deshalb stimmen wir nicht zu. Es zeigt auch einmal, wie eindimensional ihr diese Sachen seht, weil ihr ladet wieder den Verkehr und Umwelt und Gesundheit ein. Aber die Zuständigen für Soziales oder für die Wirtschaft werden nicht eingeladen.

Swatek:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Wenn man die Debatte so verfolgt, dann wird eigentlich jedem, der hier oben zuhört, schnell klar, dass diese zwei Fronten sich niemals auf einem Pfad finden werden und dass wir in der Stadt vermutlich, solange die derzeitigen politischen Verhältnisse und Mehrheiten so gegeben sind, weder eine City-Maut noch einen autofreien Tag haben werden (*Appl. Allgem.*).

Der Grund dafür ist natürlich auch, dass beide Seiten die Studie so interpretieren, wie sie es gerne hätten und beide Seiten genau das herauslesen, was sie gerne hätten.

Mich persönlich wundert das, weil wir haben den Umweltausschuss gehabt, da waren die Studienleiter da und haben die Fragen beantwortet und da ist auch die Frage gekommen, ua. ja welche Lösung ist besser, welche Lösung müssen wir machen, damit der Feinstaub und die ganzen NOx-Probleme aus unserer Stadt weg sind und da war die Antwort der Studienleiter explizit, dass sie keinen politischen Auftrag hatten, jegliche zwei Maßnahmen miteinander zu vergleichen und sich nicht selber aussuchen durften, was halt wirklich die wirklichen Maßnahmen sind bzw. welche Maßnahmen noch möglich gewesen wären. Es war nicht die Aufgabe herauszufinden, was die beste Maßnahme ist, uns den Feinstaub aus unserer Stadt zu bringen. Es war die Aufgabe der Studie herauszufinden, ob ein autofreier Tag oder eine City-Maut besser ist. Und diese Aufgabe haben sie erledigt und nichts anderes. Und was eigentlich die Empfehlung war, und das haben sie im Ausschuss immer wieder erwähnt, dass es ein Gesamtkonzept braucht, um einen motorisierten Individualverkehr zu verringern. Ob da jetzt eine dieser zwei Methoden drinnen ist, das ist uns in der Politik überlassen. Aber ganz sicher ist klar, dass wir was machen müssen. Und im jetzigen Zeitpunkt

schaute es halt eher verhärtet aus und wir gehen wieder da hin, dass wir uns gegeneinander praktisch schon bekriegen und nicht denken, welche Kompromisse, welche Alternativen könnten wir sonst schließen. Aber das Ziel muss für uns klar sein, einen motorisierten Individualverkehr zu verringern. Und wir brauchen da auch nicht das Rad neu erfinden, sondern wir können ja in andere Städte schauen, andere Städte, die es geschafft haben, dass Leute von Autos auf andere Mobilitätskonzepte umgestiegen sind, ob es jetzt das Fahrrad ist, indem man die Fahrradwege ausbaut, oder das sharing mobility concept, indem man schaut, dass man durch Leihsysteme, ob es jetzt ein E-Moped, E-Roller, E-Scooter ist, mittlerweile gibt es schon E-Skateboards in Amerika, Menschen zur Verfügung stellt, dass sie die nutzen können, um von A nach B zu kommen und deshalb auch noch selbstbestimmt, und die Konzepte sind mittlerweile vielfältig, nur wir haben uns hier in Graz mittlerweile auf wirklich eine Diskussion verhärtet, worin wir nur noch A und B haben. A und B. Und wir wollen halt, eine Seite will A und B nicht, und über alle andere Konzepte reden wir gar nicht mehr und das halte ich für einen Fehler. Und ich hoffe, dass wir uns da alle wieder auf einen Pfad bewegen können, wo wir gemeinsam arbeiten und nicht nur gegeneinander.

Bgm. Mag. Nagl:

Nachdem ich auch die Möglichkeit hatte, gemeinsam mit Herrn Landesrat Lang diese Studie vorzustellen. Wie ich das mit Herrn Landesrat Lang gemacht habe, haben wir beide deutlich dazugesagt, dass das unsere persönliche Interpretation der Studie ist. Es ist mir ganz wichtig. Wir haben das vorgestellt und bin auch froh, dass Expertinnen und Experten aus Graz uns eine solche Arbeit zur Verfügung gestellt haben. Ich lese aus der Arbeit viel mehr heraus, Kollege Swatek hat das eben auch betont, nicht nur A und B, sondern ich würde einmal sagen, dass das ganze Alphabet der Umweltverschmutzung und der Luftverschmutzung drinnen auch zu finden. Es ist spannend, dass es bei uns so diskutiert wird, als könnten wir hier im Gemeinderat auch nur irgendetwas dazu entscheiden.

Es sind keine Angelegenheiten, die ausschließlich die Stadt Graz betreffen und die Überfrachtungsmengen sollte man sich sehr genau anschauen und das habe ich auch getan und ich bin auch aufspannende Erkenntnisse gekommen. Da möchte ich noch darauf eingehen. Spannend war für mich einmal sozusagen, was haben wir für Debatten gehabt in Graz, einmal die Umweltzone. Ich habe sie abgefragt, weit über 70 % der Bevölkerung hat gesagt, sicher nicht. Was war die Umweltzone? Sie war nichts anderes, als dass man vorzeitig möglichst viele alte Diesel-Pkws aus dem Stadtgebiet entfernen. Ist politisch nicht gegangen. Die Einzigen, die damals mitgegangen sind, waren die Grünen, die haben sich dann aber, wenn ich so sagen darf, sehr nobel zurückgehalten in der Kampagne und die ganze Wut der Bevölkerung hat sich in dem Fall auf meine Fraktion und auf mich konzentriert. Da hat uns die Bevölkerung klar gesagt, Freunde, mit der Umweltzone bitte weg. Ich habe auch dazu gesagt, dass wir etwas vorwegnehmen würden, was sonst 6, 7, 8 Jahre später eintreten wird, weil die Autos sowieso ausgetauscht werden und Gott sei Dank viele neue Antriebssysteme da sind. Kollege Swatek hat auch gerade gesagt, es geht darum, den motorisierten Individualverkehr nach unten zu bringen. Es gibt mittlerweile Hybridfahrzeuge, es gibt mittlerweile Elektrofahrzeuge und da wundert es mich auch, dass die Stadträtin Kahr und KPÖ immer wieder sagen, wir wollen die Quasi-Begünstigung, dass man auch mit einem Elektrofahrzeug in Graz gratis stehen darf in der Zone, gleich wieder aufheben. Nur weil es 3.000 angemeldete Fahrzeuge gibt, wovon etwa 1.000 Fahrzeuge im Stadtgebiet sich täglich aufhalten. Ich glaube, dass man noch mehr Anreize schaffen müsste, damit möglichst schnell diese Autos ausgetauscht werden. Dann blieb in unserer Debatte, die wir nie allein führen dürfen, weil es geht um den Großraum Graz, es geht hinunter bis nach Leibnitz und es geht auch darum, dass wir ohne gesetzliche Regelung überhaupt nichts schaffen. Dann kommen wir ein bisschen zur Parteilandschaft, auf Landesebene habe ich klar gehört und ich nehme an, dass es keine unterschiedliche Meinung der KPÖ zwischen Stadt und Land gibt, auf Landesebene habe ich ganz klar gehört, es kommt für uns eine City-Maut nicht in Frage von der ÖVP, von der SPÖ, von der FPÖ und wenn ich das jetzt übersetze, dann auch nicht von der KPÖ. Gut, bleibt also die Grüne Fraktion als einzige

Fraktion über, die gerne eine City-Maut hätte. Jetzt kann man über City-Maut diskutieren und jetzt kommen spannende Punkte als Ergebnis und an denen möchte ich abhandeln. Sowohl der autofreie Tag als auch die City-Maut sind effiziente Maßnahmen zur Senkung der Verkehrsmengen und der damit verbundenen Umweltbelastungen. Na klar, wenn es einen Ausstoß gibt, wenn es Aufwirbelungen gibt, dann kommt die unterschiedliche Sichtweise heraus, damit man bei der Wahrheit bleiben, wie sie es genannt haben, es gibt eine wunderbare Studie, Land Steiermark, PM2,5 und PM10 kann, man sich anschauen, das was aus dem Auspuff rauskommt, in Punkto Feinstaub, nur mehr 4 % ausmacht. Die Aufwirbelung in Summe, weil Menschen unterwegs sind, macht viel mehr aus und da tragen die Busse und Straßenbahnen einen erheblichen Anteil daran, weil sie das auch tun. So, ich gehe aber nicht davon aus, dass alle zu Fuß gehen werden, sondern dass wir dann auch verstärkt noch mehr Busse und noch mehr Straßenbahnen zur Verfügung stellen müssen. Aber noch einmal: Klar, wenn man die Emittenten und die Aufwirbler rausnimmt, dann ist es ok. Jetzt müssen wir die Grünen fragen, habt ihr der Bevölkerung, weil ihr das als Einzige wolltet, es kommt eh nicht zustande, wie Herr Swatek gesagt hat, weil politisch weder im Land noch in der Stadt irgendjemand da ist, der eine City-Maut einführen möchte, dann muss man sich die Frage stellen, habt ihr den Menschen wirklich gesagt, als Grüne Fraktion, dass die größte Auswirkung dann da ist, wenn es € 8,-- pro Tag kostet? Einmal kurz hoch gerechnet, € 200,-- netto...

Zwischenruf GRⁱⁿ Ussner: 3 Euro!

Nagl: ...ab € 3,00,--, aber da sind die Auswirkungen dann wieder geringer. Aber wir können eh reden, dann machen wir halt aus zwischen € 80,-- im Monat netto und € 200,-- im Monat netto, wobei die Auswirkungen dann steigen. Habt ihr ihnen auch gesagt, dass man nur mehr 4 % der Abgase aus dem Auspuff haben? Also, wenn du die Reduktion vom Feinstaub hernimmst, dann gehen wir von 4 % aus den Auspuffen her

und reduzieren von mir aus um 15 oder 20 %, oder auch 25 %, macht das nicht viel aus. Das ist das, was wir bei der Pressekonferenz auch gesagt haben. Spannend auch, dass das Thema NO₂, NO_x plötzlich in Österreich doch ein Thema wird. Vor einem Jahrzehnt habe ich schon darauf hingewiesen, dass in Deutschland, und da haben wir ein Problem, dass in Deutschland das Thema NO₂ und NO_x immer gleich mitbehandelt wurde. Wir haben in Österreich nur über Feinstaub diskutiert und damit möchte ich Ihnen auch sagen und das sollte man der Bevölkerung vor allem sagen, beim Thema der Überschreitungstage in den letzten 20 Jahren sind wir von 190 Überschreitungstagen in der Zwischenzeit auf rund 50 Überschreitungstage gekommen. Also zumindest einmal haben wir 2/3 an Überschreitungstagen, die wir noch hatten, nicht mehr und das haben wir, weil wir uns dem Gesamtspektrum gewidmet haben und da kommen spannende Dinge heraus. Bitte sich damit zu beschäftigen, was da ganz klar von den Messstellen aus der Steiermark bekannt gegeben worden. Für mich überraschend und das sind zwei neue Themen. Dass der Holzrauch und das, was aus den Heizungen herauskommt, sowohl in Graz-Umgebung als auch in unseren Randbezirken, wo wir nicht anschließen können an die Fernwärme, zu massiven Luftbelastungen führt und, sehr spannend, dass wir bei den sogenannten sekundären Aerosolen mittlerweile bei der PM₂-Größe auf 43 % gekommen sind. Auf die Nachfrage, was sind denn sekundäre Aerosole, wird hier jeder auch die Antwort bekommen haben. Da geht es z. Bsp. um Ammoniak, die aus landwirtschaftlichen Anlagen oder beim Aufbringen der Gülle in die Luft gehen und sich in Graz mit anderen Schadstoffen oder Partikeln in der Luft vermischen und zu sogenannten sekundären Aerosolen daraus werden. Das sind jetzt alles Themen, die wir aufnehmen sollten und aus dieser Studie auch ableiten sollten. Die City-Maut zeigt in der simulierten Form fast einen doppelten Effekt auf Fahrleistungen und Emission wie der autofreie Tag. Die City-Maut-Systeme sind mit hohem Planungs- und Umsetzungsaufwand verbunden. Unter fünf Jahren traut sich das keiner zu, überhaupt einzuführen. Also Sie können auch in großen Städten einmal schauen, ob sie das in zwei, drei Jahren machen. Ich sage Ihnen, im Großraum Graz werden sie sicherlich länger brauchen. Und Sie müssen sich auch anschauen Städte, die das gemacht haben und es steht auch in dieser Studie

drinnen, dass es wirtschaftliche Auswirkungen gibt, dass es soziale Auswirkungen gibt. Die Grüne Fraktion muss halt dann einmal einer Alleinverdienerin erklären, die sonst immer zitiert wird, erklären, wieso sie im Monat, nur weil sie zur Arbeit muss und ihr Auto nehmen muss, weil sie von auswärts kommt, wir haben 92.000 Einpendlerinnen und Einpendler, wieso ihr bis zu € 200,-- im Monat zusätzlich abknöpfen wolltet. Das muss ja auch sozial gerechtfertigt sein und da weiß ich auch viele andere Fraktionen, die gesagt haben, auch die KPÖ heute wieder, da sind wir nicht dabei (*tosender Appl.*). Das einmal ganz deutlich in eure Richtung, sagt den Menschen, dass ihr das wollt. Und dann kommt was ganz Wichtiges, bitte. Wir brauchen dann Kapazitätserhöhungen aus der Studie heraus im ÖV von 12 bis 25%, das müsst ihr einmal hochrechnen. Wie schaffen wir das, weil du musst das, wenn du das heute verbietest, morgen zur Verfügung stellen. Ich weiß nicht, wie das gehen soll. Was wir tun ist, ununterbrochen den ÖV ausbauen mit dem Herrn LR Lang, sag ich jetzt auch das Thema der Züge, die von außen kommen, auch noch einmal zu verstärken. Ich bin auch froh, dass er der Erste war, der gesagt hat, er zahlt zum Straßenausbau dazu. Aber das muss der Weg sein, dass wir weiterhin in Fernwärme investieren. All das, was aufgezählt worden ist auch schon von der Kollegin der FPÖ, auch von der KPÖ, Radwege, Fußgängersysteme, möglichst viele Kampagnen machen. Aber ich glaube, wir sollten davon abrücken, der Bevölkerung draußen dauernd den Eindruck zu geben, da wird gerungen, ob eine City-Maut kommt oder nicht. Die kommt politisch gesehen weder in der Stadt noch in Nachbargemeinden noch im Land Steiermark zustande und damit ist das für mich abgehakt. Und das Zweite, was dann übrig geblieben ist, ist dieser berühmte autofreie Tag und die Auswirkungen des autofreien Tages sind so gering. Ich glaube, da könnten wir weiterhin gute Kampagnen machen. Einmal vielleicht auch Belohnungssysteme für jene einführen, die wirklich verzichten. Aber auch da ist es sozial ungerecht. Der, der in der Garage zwei Autos stehen hat, hat einmal am Mittwoch ein Pickerl und einmal am Donnerstag ein Pickerl und kann jeden Tag fahren. Der, der sich nur ein Auto leisten kann, ist darauf angewiesen, an dem einen Tag, ich weiß nicht was für einen Kopfstand zu machen, seine Kinder nicht abzuholen oder all diese Dinge. Also, ich glaube noch einmal, wir sollten aufhören, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dass

eines dieser Systeme eine politische Mehrheit finden kann. Dass wir uns aber bei vielen anderen Themen einig waren und dort, wo wir uns einig waren, bitte, haben wir auch wirklich viel zustande gebracht und das sollten wir in der Diskussion auch immer wieder betonen, weil sonst kommen wir ja aus diesem Ruf der Stadt Graz, deren Lebensqualität fürchterlich ist, gar nicht raus. Es stimmt nicht mehr. 2/3 sind weg und was wir uns genauer anschauen müssen, ist das Thema von NO₂ und NO_x, das haben wir, wenn ich so sagen darf, alle in Österreich bislang vernachlässigt und da setze ich halt ganz stark gerade auf einen Automobilstandort wie Graz, weil die technischen Innovationen, die es geben wird auf der Welt, kommen ua. aus Unternehmungen wie AVL-List ua., die daran arbeiten, vielleicht sogar einmal emissionsfreien Motor zu entwickeln. Ich habe kürzlich mit Prof. List, erst jetzt vor zwei Monaten, ein Gespräch gehabt und er ist auf den besten Wegen mit seinem Unternehmen, uns unter Umständen einen emissionsfreien Dieselmotor noch einmal präsentieren zu können. Da kommen ganz ganz spannende Dinge, wenn ich den Zeitraum hernehme, die Vorbereitung, das viele Geld einer City-Maut-Einführung, was das kostet, obwohl wir für das Parken auch schon den Menschen Geld abnehmen. Wir haben uns ja damals entschieden mit Gerhard Rüscher, dass wir sowas wie eine City-Maut machen, auch zum Nachteil der Einkaufsmöglichkeiten, wir haben heute schon darüber geredet, Anfrage an mich von Herrn Swatek, was tun wir, weil die Geschäfte leer stehen? Meine Damen und Herren, in der Innenstadt musst du zahlen, in jedem Einkaufszentrum kannst gratis hinfahren und gratis dort stehen, das macht auch viel aus. Und da haben wir de facto schon sowas wie eine City-Maut, die die Menschen zahlen für das Aufsuchen des inneren Kerns. Und ja, es gibt wenige Städte, die sich getraut haben, eine City-Maut einzuführen, aber da muss man sich auch anschauen, was dann in Summe passiert, auch das ist eine enorme Verdrängung. Da hast vielleicht in den Innenbezirken eine sehr, sehr gute Situation, eine wirklich verbesserte Situation, aber in den Randbezirken hast, wenn ich so sagen darf, dann auch etwas zu verantworten, was da erst einmal aushalten musst politisch und, Punkt B, den Menschen dann dort erklären, dass dort viel mehr Verkehr ist und drittens, dass ich dort letztendlich auch viele Garagen erst bauen werde müssen und wo sollen die Autos dort stehen bleiben? Also da würde ich

mich sehr freuen, was in Liebenau, Eggenberg, Gösting und St. Peter usw. los wäre, wenn wir den innersten Kern nur nehmen würden. Nimmt man den ganzen Kern, wird es besonders schwierig, weil Graz-Umgebung und das Land werden sowieso nicht mittun. Deswegen haben wir diese Studie so vorgestellt, nehmen wir die Dinge heraus, die wir verändern können. Ich glaube nicht daran, dass es zu einer City-Maut oder zu einem autofreien Tag jetzt in absehbarer Zeit kommen wird (*Appl. Allgem.*).

Dreisiebner:

Herr Bürgermeister, wenn man da so zuhört, dann muss man als Grazerin und als Grazer irgendwie schon alle Hoffnung fahren lassen. Es ist alles sehr kompliziert, ich mag jetzt nur ungestört von dir ...

Zwischenruf GR Frölich: Die Grünen sprechen für alle Grazer.

Dreisiebner:

...möglichst ungestört mag ich jetzt darlegen, was ich darlegen will. So wie das der Herr Bürgermeister konnte und wie du das ja auch darfst, wenn du dich zu Wort meldest...

Zwischenruf GR Piffel-Percevic: Das kommt darauf an, was du sagst.

Dreisiebner:

Herr Bürgermeister, wir wissen alle, dass es eine multidimensionale Angelegenheit ist, dass es nicht nur eine Schraube zu drehen gilt. Dass es Schrauben gibt, die schon lange gedreht werden, dass es Erfolge und Verbesserungen gibt, dass es aber auch einen wachsenden Raum gibt mit mehr Menschen, mit mehr Arbeitsplätzen, mit mehr

Fahrten, auch eine raumplanerische Problematik, die Sie und wir, weil wir nur Gemeinde Graz sind, nicht alleine heben können. Aber damit alles abzusagen, damit zu sagen, wir haben viel weniger Überschreitungstage als noch vor 15 Jahren, das ist nicht ausreichend. Wenn ich mir das volksgesundheitlich anschau, dann ist es nicht ausreichend, dass Kinder z. Bsp. nur manchmal in einem verrauchten Auto mitfahren, was ja jetzt mittlerweile verboten ist, nur um ein Beispiel zu bringen. Sie dürfen überhaupt nicht mehr. Es darf überhaupt nicht mehr geraucht werden, nur um dieses Beispiel fertig zu machen. Das heißt, Grenzwertüberschreitungen sind ein Kompromiss, der aus gesundheitspolitischen Gründen heraus getroffen wird mit allen Faktoren wie Wirtschaft etc., etc. miteinbezogen. Auch ein Tag, der unterhalb des Auslösegrenzwertes, Feinstaub, NOx etc. ist, ist ein Tag, der nicht unbedingt nur gesund ist. Die wirtschaftlichen Konsequenzen sind anzuschauen. Die wirtschaftlichen Konsequenzen sind aber auch anzuschauen, wenn unser öffentlicher Verkehr nicht ausgebaut wird, wenn Stauerscheinungen sind, das sind volkswirtschaftliche Verluste, wenn Radwege nicht gebaut werden können, weil wir uns, um Parkplätze und um Parkuhren zu retten, nicht darauf verständigen können aufgrund der Mehrheitsverhältnisse. Sei nur darauf hingewiesen, vielleicht eine VCÖ-Studie, man muss sie nicht glauben, man kann sie lesen und sich selber ein Bild machen, die sagt, dass Radfahrerinnen und Radfahrer eigentlich beim standortgebundenen Handel einen ganz hohen Anteil haben, einen überaus hohen Anteil haben, was da an Geld umgesetzt wird. Sie fahren natürlich nicht mit dem € 200,--, € 300,-- Fassungsinkauf aus einem Markt nach Hause, aus einem Lebensmittelmarkt z. Bsp., sondern sie fahren halt öfter hin und solche Dinge mehr. Wenn man davon redet, dass die ÖV-Kapazität um 12 bis 25 % erhöht werden müssen, dann sag ich, haben wir doch mit dem Mobilitätskonzept Ziele, weil der Evaluierungsbericht wird ja nicht in den Gemeinderat vorgelassen seit einem halben Jahr, haben wir grundsätzlich vor bis 2020 und 2021, 11 % von jetzt derzeit 50 % der Wege im Auto, ca. 50 %, knapp darunter, 11 % wegzutun. Das heißt, das soll dann auf den öffentlichen Verkehr gehen, das soll zum Radverkehr gehen usw. usf. Das heißt, es würde sich ja gut ergänzen mit Zielen, das regionale Verkehrskonzept auch noch kurz gestreift, Herr Bürgermeister, Sie wissen

auch das, und wenn Sie sagen, die Grünen hätten gerne, nein, wir hätten gerne, dass man auch in diesem Bereich angreift und wir hätten gerne diese eine, jene. Wir hätten gerne, dass man auch das Verkehrsthema angreift. Wir hätten das gerne, weil es um die Gesundheit der Menschen geht, weil es um soziale Gerechtigkeit geht, schauen wir doch bitte, wer in den diversen Straßenzügen an den Hauptdurchzugsrouten, wer in Gries usw. und in Gösting wohnt. Das sind nicht die Reicheren. Das sind die Ärmeren, die auch gar nicht die Wahl haben, eine andere Wohnung sich zu mieten oder zu erwerben bzw. auch mit ihren Kindern öfters rauszufahren. Das ist bei den sogenannten ZweitautobesitzerInnen vielleicht eher der Fall. Aber ich lass es jetzt einmal dabei. Und am Ende kommen wir wieder zu einer Kernkompetenz von Ihnen, Herr Bürgermeister, zur Stadtplanung, zur Stadtentwicklung. Es ist auch stadtentwicklerisch fatal, wenn ich ganze Straßenzüge und ganze Bezirke aufgeben, weil ich beim Verkehr nicht hingreifen will. Ich muss auch das angreifen. Und ich tu mich jetzt nicht: „Es ist alles so komplex und wir haben schon viel erreicht und das andere greifen wir nicht an“, kann ich mich nicht zufriedengeben. Das Einzige, was ich heute und hier zur Kenntnis nehme, natürlich zur Kenntnis nehme als Demokrat ist, dass eine klare Aussage von Ihnen als Bürgermeister von der Mehrheitsfraktion und vom Koalitionspartner da ist, dass sie das nicht machen werden. Oki doki (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Von allen Fraktionen nur nicht von den Grünen, mit dem Hinweis, dass wir das nicht machen können. Ich glaube, dass ist der wesentlichste Satz (*Allgem. Appl.*).

Ussner:

Ich möchte nur auf ein paar Sachen eingehen, Herr Bürgermeister, die Sie gesagt haben und Sie wirklich inständigst bitten, sich einmal nicht mehr auf diese Grafik zu beziehen, von der die Autoren der Studie gesagt haben, dass sie mit Vorsicht zu genießen ist und die nicht in der Studie selbst vorhanden war, und was sie

verschwiegen haben bei den sekundären Aerosolen, die hier den Anteil haben von ungefähr 40 %, dass die auch zu 70 % vom Autoverkehr verursacht werden. Können Sie nachfragen im Umweltamt bei den Autoren der Studie und bei allen Fachexperten. Also bitteschön Ihre eigene Interpretation von diesem Diagramm, aber das hat nichts mit der Feinstaubstudie zu tun. Ich verstehe nicht, warum das da immer wieder im Zusammenhang damit gezeigt wird und zu den fünf Jahren für die Einführung einer City-Maut, da ist auch klar gesagt worden, weil es mich wundert ja, weil der Kollege Rajakovics war ja auch im Umweltausschuss und hat diese Frage gestellt und klare Antworten darauf bekommen, was da an der Kommunikation zwischen Ihnen hapert, aber die Autoren der Studie haben klar gesagt, fünf Jahre für die Einführung einer City-Maut in Graz ist maßlos übertrieben, das wird viel kürzer dauern. Also das bitte auch richtigzustellen und der Kollege Rajakovics ...

*Zwischenruf GR **Rajakovics**: Das stimmt nicht, das habe ich nicht gesagt, ...*

Ussner:

Wir haben ein Protokoll. Zu den Kapazitätserhöhungen, das hat der Kollege Rajakovics nämlich auch nachgefragt, wegen der Problematik um die Innenstadtentflechtung, wissen wir alle Bescheid darüber, da haben Sie auch gesagt, dass es in Graz die Kapazitäten im Busverkehr gäbe, um das auszubauen. Mit den notwendigen Erhöhungen im öffentlichen Verkehr.

Bgm. Mag. Nagl:

Geschätzte Frau Gemeinderätin, es ist schon spannend, das Land Steiermark misst mit Messstellen, über die wir auch einmal diskutieren könnten, tagein, tagaus, geeicht Feinstaubwerte und diese Feinstaubwerte melden wir bis in die Europäische Union und dann zu sagen, man soll diese Studie und diese Daten nicht hernehmen, ist ...

Zwischenruf GRⁱⁿ Ussner: Entschuldigung, aber da geht es ja auch um die PM-Werte.

Bgm. Mag. Nagl:

Ja wunderbar, dann kann ich Ihnen auch was erzählen, bin ja schon länger mit diesem Thema beschäftigt, PM_{2,5} und PM₁₀ weichen nicht wesentlich voneinander ab. PM_{2,5} ist eine ganz eine wichtige Größe, weil das ist jene Größe, die der Körper nicht aushusten kann, die letzten Endes im Körper verbleiben und zu Krankheiten führen können. Deswegen ist die PM_{2,5}-Betrachtung vom Land Steiermark auch eine richtige. Und ich möchte es noch einmal anmerken, die Mengen an Feinstaub, die in der Luft sind, sind nicht alle giftig für den Körper. Wir sollten uns, und das hat die EU von Anfang an aus meiner Sicht falsch gemacht, also nicht nur von meiner Sichtweise, sondern viele Experten, man hätte auf die Inhaltsstoffe vielmehr Wert legen müssen. Wenn wir Salz streuen und der Wüstensand kommt, das sind auch Mengen von Feinstaub, die in der Luft sind, wo der Körper kein Problem hat. Die Rußpartikel-Filter aus dem Diesel-Pkw sind kleinste Gehirne von Kindern nachgewiesen, das ist echt gefährlich, deswegen ist PM_{2,5} für Herrn Landesrat und für mich so wichtig und haben es noch einmal auf den Tisch gelegt.

GR Rajakovics:

Selektive Wahrnehmungen von Antworten haben wir anscheinend alle ein bisschen. Ich habe gefragt, ob diese Kapazitätsausweitung, die notwendigerweise kommen muss, ob die in irgendeiner Form berechnet worden ist, was das kosten wird. Wenn wir sagen, wir haben ungefähr 50.000 km, die die Busse und Straßenbahnen fahren, heißt das, pro Tag müssen irgendwelche Busse, er hat auch gesagt, weil Straßenbahnen sind sowieso ausgeschlossen und müssen schnell ausfahren, also müssten wir das mit Bussen bedienen, die in Wirklichkeit, aber wir experimentieren zwar jetzt mit Elektrobussen, wir werden wahrscheinlich noch Wasserstoffbusse noch ausprobieren. Aber das ist ja alles nicht so, dass das in großen Mengen gleich lieferbar

ist. Das heißt, wir müssen 5.000 km, wenn wir es hochrechnen, wir haben mindestens 10 %, er hat gesagt zwischen 12 und 25 %. 12 % mehr Kapazität brauchen wir für den autofreien Tag bis zu 25 %, wenn wir eine Umweltzone oder eine City-Maut einführen würden. Die 12 % müssten wir zuerst schaffen, dann kann ich überhaupt von einem autofreien Tag reden, das heißt, ich muss mir die Busse kaufen, ich muss schauen, dass ich da ein System nehme, das ich vielleicht noch weiterfahren kann, die Busse selbst sind natürlich im Moment in der Größenordnung natürlich wieder Feinstaubverursacher, weil die haben ja nicht diese Qualität, zum Teil sind ja die Autos deutlich besser als die Busse. Und in der Zeit, und er hat extra gesagt, auf Grund dessen, was wir auch annehmen, wie sich der Pkw- und der Individualverkehr entwickeln werden. Es hat nur Sinn, wenn wir das in den nächsten zwei, drei Jahren machen. Weil sonst wird die Entwicklung wieder so rasch voranschreiten, dass eben die Primäremission durch das Auto wegfällt. Und das ist auch bei den sekundären Aerosolen so, natürlich ist das, was aus dem Auto rauskommt, auch auf der Straße, weil nur, weil eben Verfrachtungen aus vor allem aus der Landwirtschaft in die Stadt herein stattfinden, verbinden die sich zu diesen schädlichen Stoffen, die es gibt. Und das ist der Grund, warum ich überzeugt davon bin, dass man, und das machen wir auch, dass wir im öffentlichen Verkehr weiter ausbauen. Wir haben gerade Straßenbahnlinien beschlossen; heute, glaube ich, habe ich richtig am Spiegel, haben wir die Buslinien beschlossen. Natürlich schauen wir, dass wir das anbieten. Und ich bin überzeugt davon, dass das Angebot des öffentlichen Verkehrs plus der vom Bürgermeister ja erfreulicherweise auch durchgesetzten günstigen Jahreskarte es zum Umstieg auch insgesamt kommen wird. Wir haben es jetzt von 12.000 auf 40.000 Jahreskarten geschafft. Wir werden in den nächsten Jahren mit einem besseren Angebot vielleicht auf 50-, auf 60-, auf 70.000 Jahreskarten kommen. Vielleicht wird auch einmal das Land mitmachen und vielleicht wird es auch im Großraum eine günstige Jahreskarte geben. Das sind alles Maßnahmen, die vorher kommen sollten, bevor wir uns überlegen, wem können wir welches Auto wegnehmen, wo wir wissen, dass das nur in kurzfristiger Zeit etwas bringen würde und in der Zeit eh nicht umsetzbar ist. Und das Zweite, was ich ihn gefragt habe, das möchte ich nur erwähnen,

weil die Kapazitätsgrenze haben wir ja auf Grund gerade im Schienenverkehr und auch mit einer Ausweichstrecke, die wir jetzt angehen müssen, weil sie ja auch nicht von heute auf morgen kommen wird, habe ich nachgefragt, wie er zu einer zweiten Ebene steht und da hat er auch interessanterweise eindeutig gesagt, ich hoffe, dass dann das Engagement gleich groß ist, wenn wir, glaube ich, demnächst einmal diese Dinge diskutieren werden, dass eine zweite Ebene, aus seiner Sicht und was er kennt, sehr Sinn machen würde. Also ich würde sagen, wir schauen einmal, dass wir die Angebote schaffen, weil wenn wir die Angebote schaffen, werden die Leute auch umsteigen und das brauchen wir nicht durch Zwangsmaßnahmen wie eine City-Maut oder einen autofreien Tag, die in Wirklichkeit in erster Linie die Stadt und die Wirtschaft in der Stadt schädigen und alles andere werden wir auch machen. Und es ist ja bereits auf Schiene, das beschließen wir jeden Gemeinderat. Jeden Gemeinderat beschließen wir zum öffentlichen Verkehr Gelder und beim Radverkehr ist dann schon auch ein bisschen die Kollegin Kahr gefordert, weil sie hat gesagt, sie wird im Radwegebereich und Fußwegebereich etwas an Attraktivität ausbauen, z. Bsp. die Plätze, wo man die Räder abstellen kann. Da sind wir dann auf neue Vorschläge gespannt und dieses Paket wird dazu führen, dass die Situation sich auch weiter verbessert. Wir liegen nicht so weit weg von dem und wir liegen nur an einer Messstelle deutlich darüber und das ist die Messstelle, habe ich auch gesagt, das war sehr vage die Antwort vom Herrn Experten, habe ich gesagt, wenn man misst dort, wo in der Früh alle Busse starten, wo kein Mensch wohnt, ist das dann eine relevante Messgröße? Da war er nicht so eindeutig in seiner Aussage, dass das selbstverständlich so ist, dass dort die richtige Messung ist.

Zwischenrufe unverständlich.

Rajakovics:

Nein, er hat gesagt, in Wohngebieten müsste es sein (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl:**

Ich glaube, dass die Zukunft, was das Messen anbelangt, sowieso durch das digitale Zeitalter wesentlich besser werden wird und wir viel individueller messen werden können, als wir das jetzt durch ein paar Stationen im Moment tun. Es gibt, glaube ich, ein Projekt mit den Graz Linien, wo wir durch mobile Messstellen künftig dann schauen können, wie es tatsächlich in allen Wohngebieten aussieht. Ich glaube, das ist auch ein guter Fortschritt. Mir liegt ein Abänderungsantrag vor.

*Zwischenruf GR. **Rajakovics:** Kommt jetzt ein Vortrag oder was?*

StRⁱⁿ **Wirnsberger:**

Wie wir heute erlebt haben, wie wir sie jetzt auch erlebt haben, die Argumente, die da kommen, wie es eben Herr GR Rajakovics, man muss zuerst den ÖV ausbauen, um dann eben andere Maßnahmen auch umsetzen zu können.

*Zwischenruf: **GR Rajakovics:** Nein, wir brauchen diese Maßnahme nicht ...*

StRⁱⁿ **Wirnsberger:**

... Sie sitzen schon länger als ich hier in diesem Gemeinderat, aber selbst ich kenne diese Diskussion jahrelang. Jahrelang redet man über dasselbe und immer braucht man nicht was anderes, braucht man etwas Neues und es wird nicht besser.

*Zwischenruf **GR Rajakovics:** O ja, doch viel besser ist es geworden ...*

StRⁱⁿ **Wirnsberger:**

... und da möchte ich jetzt wirklich einen Punkt noch einmal ansprechen, der mich jetzt wirklich maßlos verärgert. Da wird von sozialer Gerechtigkeit gesprochen und es ist eine gute Sache, dass uns das offensichtlich allen ein großes Anliegen ist hier herinnen. Was bitte ist daran sozial gerecht, dass man in Gries die Straßenbahn absagt, dort leben Menschen mit wenig Einkommen, dort leben die Kinder, die als Erstes davon betroffen sind, dass sie diese dreckige Luft einatmen müssen, die haben als Erstes die Schäden dort. Und auf der anderen Seite, von wegen sozial gerecht, die Hälfte der Menschen im unteren Einkommensviertel, die haben gar kein Auto und diese Leute mit den Zweitautos, die dann vielleicht ausweichen könnten, die dann immer wieder vorgebracht werden, das sind definitiv nicht die Personen, die unbedingt dringend eine Verbesserung bei der Luftsituation brauchen, weil die wohnen eh draußen im Grünen. Also mit sozialer Gerechtigkeit da so verdreht zu argumentieren bei Personen, die es als Allererstes trifft und die noch dazu sowieso kein Auto haben, sondern ganz dringend diesen unbedingt notwendigen Straßenbahn- und ÖV-Ausbau grad im Westen drüben bräuchten und dem haben Sie ja vor kurzem eine Absage erteilt und warum, weil klar geworden ist, wenn man diese Straßenbahn so bauen würde, wie auch schon seit Jahren die Pläne auf den Tisch liegen, dann müsste man den Autoverkehr reduzieren. Also es dreht sich immer wieder um dasselbe, um das Gleiche, dass man ...

*Zwischenruf: **GR Rajakovics:** Nein ..., dann stehen die Busse aus dem Umland im Stau ...*

StRⁱⁿ **Wirnsberger:**

... nicht hingreifen möchte, ich bin ja froh, dass das heute von anderen Fraktionen einige Male gefallen ist, dass es notwendig ist, den Individualverkehr zu reduzieren, um den Umweltverbund, den öffentlichen Verkehr, aktive Mobilität zu fördern und zu unterstützen, um die Luftsituation zu verbessern, aber auch um Verkehrsflächen

wieder freizubekommen und das ist schon auch noch ein wichtiges Thema. Ich würde mir wünschen, Herr Bürgermeister, dass Ihnen das als Stadtplanungsreferent auch ein Anliegen wäre. Wie Sie ganz genau wissen, haben wir uns immer für den planbaren autofreien Tag ausgesprochen und das tun wir auch weiterhin, weil das eine gute planbare Variante ist, die City-Maut wird von den Studienautoren empfohlen, aber es wird dort auch festgehalten und das wird so ganz schnell einmal vom Tisch weggewischt, dass, wenn eine City-Maut nicht umsetzbar ist, und das ist sie auf Grund der politischen Mehrheit, der autofreie Tag eine wertvolle Alternative ist. Da steht nicht: Der autofreie Tag, weil ihr ja keine City-Maut wollt, dann braucht ihr gar nichts tun und keinen Finger rühren und weitermachen wie bisher. Sondern da steht drinnen: dann der autofreie Tag, weil der auch eine notwendige Reduktion bringt. Insofern hoffe ich, dass irgendwann einmal wirklich der Zeitpunkt kommt und wir werden das auch weiterhin immer wieder thematisieren, spätestens dann, wenn wir im Herbst wieder die dreckige Luft haben. Wir haben übrigens jetzt schon an einigen Messstellen die Grenzwerte wieder überschritten, die an Überschreitungstagen. Ich hoffe, dass wir irgendwann einmal nicht mehr sagen, man muss was anderes machen, man muss sich neue Ideen überlegen, wir haben eh einige Bereiche, in denen wir auch hingreifen, aber da mit einer, jetzt ist Herr Stadtrat Riegler nicht da, jetzt darf ich das Wort sagen, Ignoranz, vorzugehen, das ist für die Menschen, die unter der schmutzigen Luft in Graz leiden, wirklich schon nicht mehr zu ertragen (*Allgem. Appl.*)

Bgm. Nagl:

Damit die Aufregung nicht zu groß wird. Die Mehrheit hier im Grazer Gemeinderat hat den Vorschlag der Grünen, eine Straßenbahn über den Griesplatz zu bauen, deswegen abgelehnt, weil unsere Experten uns mitgeteilt haben, dass das eisenbahnrechtliche Verfahren nicht durchzubringen ist und nicht nur, weil der Individualverkehr für die dort betroffenen Menschen in Gries sich stauen würde und noch mehr Feinstaub produzieren würde, sondern weil unsere gesamten Busse dort ins Stocken geraten würden. Deswegen ist diese Variante weggekommen und wir haben Gott sei Dank

Mittel einsetzen können und machen jetzt eine Ausweichroute, damit das durch das Auflösen dieses extrem verdichteten öffentlichen Verkehrs wieder zu einem besseren Fluss des Gesamtverkehrs kommt. Das ist die Geschichte und es hilft nichts, ihr könnt Taferl auf Bäume hängen, ihr könnt alles verbieten, aber ich glaube auch, dass die Menschen nicht mitgehen werden, weil ich nochmals an das eingangs Gesagte erinnern möchte. Mehr als 70 % der Menschen haben nicht einmal mit der Umweltzone eine Freude gehabt, mit den Verboten könnt ihr weitermachen, das ist nicht der Weg vieler anderer und das müsst ihr auch zu Kenntnis nehmen (*Appl.*) Es gibt einen Zusatzantrag, zu dem ich gleich sagen muss, dass er nicht zulässig ist wegen Informationsstücken und es gibt einen Abänderungsantrag, den wir vor dem Informationsbericht abzustimmen haben. Der Abänderungsantrag von der FPÖ eingebracht, lautet:

Der Gemeinderat wolle beschließen, im Antragstext wird das Wort „zustimmend“ entfernt.

Wer für diesen Abänderungsantrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe, ist mehrheitlich angenommen (*Appl.*).

Bei Informationsstücken ist ein Zusatzantrag nicht zulässig, weil das dann quasi gleich zu einem Stück werden würde. Das Hauptstück ist mit diesem Abänderungsantrag, das ist nur der Punkt 2.), dann stimmen wir auch über den Rest des Stückes ab, wer dafür ist, bitte ein Zeichen mit der Hand, Gegenprobe, das ist dann einstimmig angenommen.

Der Abänderungsantrag der FPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 18 wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Nagl:

Damit kommt aus meiner Sicht klar zum Ausdruck, dass der Expertenbericht zur Kenntnis genommen wurde, aber nicht alle empfohlenen Maßnahmen hier die Zustimmung im Gemeinderat fanden.

Berichterstatter: GR. Haberler MBA

7.27 Stk. 20) WG -39853/2016/0024

Einmaliger Verzicht auf das Einweisungsrecht durch die Stadt Graz in Einzelfällen

Haberler:

Es geht um einen einmaligen Verzicht auf das Einweisungsrecht auf die Stadt Graz in Einzelfällen. Was bedeutet das? Wir haben ungefähr 30 bis 40 Wohnungen, die im dritten, vierten Stock sind ohne Lift, die teilweise Baukostenbeiträge haben hohe, wo Kauttionen zu zahlen sind, weshalb sie als Gemeindewohnungen, es geht hier um Gemeindewohnungen, sehr schwer vermittelbar sind und leer stehen und die verursachen Kosten. Weil wir diese Kosten an den gemeinnützigen Bauträger weiterzahlen müssen und dieses Stück beinhaltet, dass wir einmalig es aufmachen, was der Bauträger bzw. die gemeinnützige Wohnbaugesellschaft, die dort das Gebäude hat, schaut, ob sie einen Mieter findet, damit uns die Kosten quasi nicht auf uns hängen bleiben und es ist ein sehr schönes Stück, weil damit eines passiert, dass wir in Graz quasi die Kosten runterschrauben. Ich bin sehr froh, dass das im Ausschuss kontrolliert und angeschaut worden ist von der Amtsleitung und deswegen stelle ich den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, den einmaligen Verzicht der Stadt Graz, vertreten durch den Eigenbetrieb Wohnen Graz, auf das Einweisungsrecht den Übertragungswohnbau in Einzelfällen bzw. alternativ dem parallelen Anbieten von schwer anbringbaren Wohnungen durch die gemeinnützigen Bauvereinigungen grundsätzlich Zustimmung zu geben. Und des Weiteren die Stadt Graz, vertreten durch

den Eigenbetrieb Wohnen, wird ermächtigt, bestehende Regelungen, Abweichungen, Vereinbarungen über das Einweisungsrecht und die Ausfallhaftung mit gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen zu treffen. Ich bitte um Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- Dem einmaligen Verzicht der Stadt Graz, vertreten durch den Eigenbetrieb Wohnen Graz, auf das Einweisungsrecht im Übertragungswohnbau in Einzelfällen bzw. alternativ dem parallelen Anbieten von schwer anbringbaren Wohnungen durch die Gemeinnützigen Bauvereinigungen wird grundsätzlich zugestimmt.
- Die Stadt Graz, vertreten durch den Eigenbetrieb Wohnen Graz, wird ermächtigt, von bestehenden Regelungen abweichende Vereinbarungen über das Einweisungsrecht und die Ausfallhaftung mit den Gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen zu treffen.

Ehmann:

Geschätzter Herr Bürgermeister, Herr Vizebürgermeister, geschätzte Stadtsenatsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren auf der Zuhörertribüne. Wir freuen uns besonders, dass Leerstandserhebung ein Thema ist, nämlich auch für den zuständigen Wohnungsstadtrat oder Vizebürgermeister und da freuen wir uns insbesondere, weil wir auch glauben, dass nicht nur die Leerstandserhebung, sondern auch die tatsächliche Mobilisierung, die offensichtlich mit diesem Schritt erreicht werden soll, dass das absolut Sinn macht, denn Verknappung verteuert; mittlerweile, so höre ich von ExpertInnenkreisen, stehen ungefähr 40 % der AnlegerInnenwohnungen, die ja sehr beliebt sind in Graz, mittlerweile leer, also das heißt, hier etwas zu erreichen, um Leerstand zu mobilisieren, macht absolut Sinn. Da gehe ich absolut d'accord. Das Problem habe ich nur damit, wenn man nur versucht, im Eigenbereich Wohnen oder in diesem Fall bei

Übertragungsbauten, also 35 Wohnungen oder 40 Wohnungen, die hier angesprochen sind, sind mir hier zuwenig, beim derzeitigen Zuzug, den wir jährlich erleben. Also ich erinnere mich in den letzten 10 Jahren, 50.000 Menschen in Graz, zwei Mal Leoben de facto, ist zugezogen und ich glaube, dass es hier notwendig wird, hier mehr zu tun, nämlich unabhängig dessen, wie man sich das dann vorstellt, wie man mit Leerstand umgegangen wird. Da will ich gar nicht von einer Steuer oder irgendetwas reden, sondern einmal grundsätzlich die Erhebung, wo man sich überlegt, wie mobilisiert man diesen Leerstand, den wir möglicher Weise erheben. Und daher habe ich, oder unsere Fraktionen, einen

Abänderungsantrag

diesbezüglich vorbereitet und die Ergänzung um einen Punkt drei, den darf ich nun einbringen:

Im Hinblick auf den Umstand, dass die Mobilisierung des Wohnleerstandes selbstverständlich insgesamt von Bedeutung wäre, um die akute Wohnungsknappheit in Graz abzumildern und die Aussicht von Wohnungssuchenden nach leistbarem Wohnraum zu verbessern, wird Wohnen Graz beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen und welcher Weise eine Leerstandserhebung im Hinblick auf Wohnraum in Graz nach Salzburger Vorbild umgesetzt werden kann. Dies mit dem Ziel, gegebenenfalls durch ein Anreizsystem zu versuchen, auch in Graz solche leer stehenden Wohnungen wieder dem Wohnungsmarkt zuzuführen. Wie dies etwa in Vorarlberg durchaus erfolgreich initiiert wurde. Dem Gemeinderat ist bis September dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen.

Sollte der Antrag keine Annahme finden, müssten wir dem Gesamtstück unsere Zustimmung versagen. Dankeschön.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Im Hinblick auf den Umstand, dass die Mobilisierung des Wohnungsleerstandes selbstverständlich insgesamt von Bedeutung wäre, um die akute Wohnknappheit in Graz abzumildern und die Aussichten von Wohnungssuchenden auf leistbareren Wohnraum zu verbessern, wird Wohnen Graz beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen und auf welche Weise eine Leerstandserhebung im Hinblick auf Wohnraum in Graz nach Salzburger Vorbild umgesetzt werden kann; dies mit dem Ziel, gegebenenfalls durch ein Anreizsystem zu versuchen, auch in Graz solche leer stehenden Wohnungen wieder dem Wohnungsmarkt zuzuführen, wie dies etwa in Vorarlberg durchaus erfolgreich initiiert wurde. Dem Gemeinderat ist bis September dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen.

GR Stöckler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie. Wir hatten schon sehr lange über diesen Leerstand diskutiert und das von dir zitierte Salzburger Model und auch das Vorarlberger Model, vor allem in der Stadt Dornbirn, hat, wie du weißt, keine wirkliche Relevanz und kein großes Freiwerden an Wohnungen, was die Leerstandsaktivierung betrifft, gebracht. Wir haben in Vorarlberg, nämlich speziell in der Stadt Dornbirn, das Modell wurde angeregt, es wurden 50 Wohnungen versucht, einmal zu aktivieren, sie haben es bei 10 Wohnungen geschafft. Also ich glaube schon, dass es in diesem Bereich sehr vernachlässigbar war, wir hatten schon ausführliche Diskussionen zum Thema Leerstand. Es wurde auch im Wohnungsbericht der Stadt erwähnt auf die Rückfrage damals, du warst dabei, im Gegensatz zur letzten Ausschuss-Sitzung, du warst dabei auf die Nachfrage dann auch an die Experten, ob das eine Relevanz hätte, in Graz vermutlich bestehenden Leerstand zu aktivieren. Es war ein sehr vernachlässigbarer, war die Antwort. Also, ich glaube, deswegen ist eine Zustimmung dieses Abänderungsantrages nicht notwendig von Seiten unserer Fraktion und deswegen werde ich das auch verweigern (Appl.).

GR Mogel:

Liebe Gäste, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister. Lieber Michael Ehmann, ich glaube, wir müssen schon einmal dort hinkommen, worum es da geht bei dem Stück. Wir reden hier von 30 bis 40 Wohnungen, auch in Relation gesetzt von unseren 11.500, die wir sonst unter Verwaltung haben, die wir schlicht und ergreifend auf Grund der Lage, des Preises oder der Schnitt der Wohnung zeitgemäß einfach nicht anbringen. Die will keiner. Deswegen werden wir diese Wohnungen den Genossenschaften zurückgeben, in die Verwaltung der Genossenschaft geben, dass wir nicht weiter diesen Leerstand bezahlen müssen. Das ist eigentlich das Thema von diesem Stück. Einmalig, natürlich einmalig nur. Das heißt, die wieder frei werden, probieren wir es wieder. Das ist das eine. Und das Zweite: Diese Leerstandserhebungen insgesamt, von denen du da jetzt so sprichst, sind abgesehen davon, dass die natürlich extrem aufwendig überhaupt durchgeführt werden können, mit hohen Kosten verbunden und vor allem nicht Teil unserer Stelle, die du da jetzt getroffen hast. Das ist ein Stück, da geht es um den Eigenbetrieb Wohnen Graz, der in Wahrheit weder die Möglichkeiten und schon gar nicht die Zuständigkeiten hat, solche Leerstandserhebungen durchzuführen. Daher werden wir auch in dieser Situation deinem Antrag nicht zustimmen, sehr wohl aber natürlich dem Stück, weil das ist ein richtig gutes Stück, da wir uns wirklich was ersparen können (*Allg. Appl.*).

Dreisiebner:

Das ist erstaunlich, erstaunlich, wie die soziale Heimatpartei und der Koalitionspartner der ÖVP sich nicht damit anfreunden will auf Basis dessen, was der Wohnungsbericht 2016 ergeben hat und empfohlen hat und auf Basis dessen, was woanders schon passiert ist. Kann hier auch noch berichten, dass in Innsbruck der neue Bürgermeister, Georg Willi, auch eine entsprechende Leerstandserhebung in Auftrag geben hat und in Bälde starten wird.

Zwischenruf GR. Dr. Piffli-Percevic: Innsbruck ist anders.

Dreisiebner:

Es ist erstaunlich, dass man sich in Graz dagegen wehrt, dass man sich in Graz so dagegen wehrt, mehrheitlich dagegen wehrt, dass man in dem Bereich versucht, ein paar weitere Wohnungen zu bekommen. Und der Wohnungsbericht 2016 hat ja z. Bsp. gesagt, dass der Leerstand mobilisierbar wäre, prozentuell gar nicht so hoch ist, aber dass es machbar wäre aus ihrem ExpertInnenwissen heraus, aus ihrer Einschätzung heraus, im Jahr etwa 40 bis 50 Wohnungen somit in Wohnen Graz zur Verfügung stellen zu können und damit im zweiten Schritt natürlich den Menschen, die in eine Gemeindewohnung einziehen wollen. Das einmal dazu.

Was ich ein bisschen anders sehe als der Michael Ehmann, das heißt, wir stimmen deinem Abänderungsantrag zu, bisschen anders sehe, ist, dem Hauptstück stimmen wir auch zu, weil auch hier geht es um eine Maßnahme, die einen Leerstand oder Leerstandszeiten reduziert, deswegen ja zum Abänderer. Michael Ehmann, und danke, und tun wir da weiter, vielleicht können wir Schwarz und Blau irgendwann überzeugen davon, dass das eine wichtige soziale Maßnahme ist, Wohnungen für die Menschen zu lukrieren, aber auch ja dazu, dass man dieses einmalige Abgeben an die Genossenschaften auch versucht (*Appl.*).

Zwischenruf GR. Hötzl: Du hast das Stück nicht begriffen.

Eber:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte zunächst einen Satz nur sagen zum Abänderungsantrag von Michael Ehmann, weil ich glaube, man muss das schon genau auch lesen, was da wirklich beantragt wird. Weil da wird schon wieder von den Kosten und vom Aufwand gesprochen, die diese

Leerstandserhebung mit sich bringt. Es heißt aber im Antrag, Wohnen Graz wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen und auf welche Weise eine Leerstandserhebung erfolgen kann, umgesetzt werden kann. Also das heißt, es ist nochmal ein Fortschritt und, wenn Wohnen Graz zur Schlussfolgerung kommt, eine Leerstandserhebung ist nicht zweckmäßig, weil das halt enormen Kosten verursacht, nachher werden wir das auch zur Kenntnis nehmen müssen. Das ist das eine.

Das Zweite, und jetzt komme ich zum eigentlichen Stück, das ist, das ist jetzt auch gesagt worden, na ja, es betrifft ja eh nur 30 bis 40 Wohnungen, die eben nicht vermietet werden können, weil der Grundriss so unmöglich ist, weil sie vielleicht zu schattig sind oder zu hell oder wie auch immer, ist natürlich auch richtig, diese Wohnungen gibt es tatsächlich. Es ist allerdings auch so, dass sogar im Stück da ja auch sehr deutlich drinnen steht, auf Grund der förderungsrechtlich bedingten Stufen von Mietzinserhöhungen ist in nächster Zeit mit einer nicht unerheblichen Zunahme zu rechnen. Also das bedeutet, es ist weniger der Grundriss der Wohnung, sondern es geht vielmehr um die Mietkosten, die auf die Mieter zukommen und die Wohnungen, die da also nicht vergeben werden können von der Stadt Graz mit ihren Richtlinien werden in der nächsten Zeit also immer mehr. Und ich meine dennoch, die Stadt Graz darf dieses Instrument nicht so leichtfertig aus der Hand geben, sondern es ist notwendig, dass die Vergabe bei der Stadt bleibt. Allein schon deswegen, um auch eine gewisse Kontrolle und eine gewisse, wie soll ich sagen, eine gewisse Sicherheit einfach zu haben, um zu sehen, wer denn diese Wohnungen dann bekommt. Und meines Erachtens ist es durchaus so, dass die Stadt bzw. Wohnen Graz da dadurch aus Überlegungen anstellen kann, also wie man die Mietzinserhöhungen abfedern kann und welche Maßnahmen man ergreifen kann, um die Wohnungen auch für die Menschen, die sie brauchen, leistbar zu machen. Daher werden wir diesem Stück nicht zustimmen. Dankeschön (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. **Eustacchio:**

Klubobmann Eber, du warst beim Ausschuss, dort ist es, glaube ich, hinlänglich erläutert worden, ich weiß schon, man mag dort und da die Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen. Im Übrigen ist der Wunsch ja von der Fachabteilung oder aus dem Wohnen Graz gekommen. Es ist ja kein politischer Wunsch gewesen, sondern der Wunsch der Profis, der Wunsch jener, die tagtäglich dort zu tun haben und wissen, dass diese Wohnungen doch nicht zu vergeben sind, so wie sie derzeit da sind. Ich wiederhole, es wird einmalig wieder den Genossenschaften das Einweisungsrecht zurückgegeben. In weiterer Folge können wir wieder einweisen, wenn diese Wohnungen frei werden. Also wir vergeben uns gar nichts, wir verlieren nicht die Kontrolle, das sei einmal dazu gesagt. Zum anderen Thema: Zum Zusatzantrag oder Abänderungsantrag sei gesagt, es ist nicht die Aufgabe von Wohnen Graz, diese Leerstandserhebung zu machen. Es ist auch nicht die Aufgabe von Wohnen Graz, das zu überprüfen oder einen Weg zu finden. Das ist nicht deren Aufgabe und daher ist es von unserer Seite aus, von unserer Sicht auch nicht passend, diesen Abänderungsantrag zu treffen, weil er in eine völlig andere Richtung geht, die mit dem ursprünglichen Stück überhaupt nichts zu tun hat und deswegen, ist eh schon ausgeführt worden, wird es auch von unserer Seite keine Zustimmung geben. Das dazu von meiner Seite. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zur Abstimmung, als Erstes über den Abänderungstrag. Wer für diesen Abänderungsantrag ist, bitte ich um Zeichen mit der Hand. Damit ist dieser Abänderungsantrag nicht angenommen. Wir kommen zur Abstimmung über das Stück selbst. Wer für dieses Stück ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich danke, das ist die Mehrheit. Bitte die Gegenprobe, sicherheitshalber, SPÖ und KPÖ, damit ist der Antrag angenommen.

Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegenüber SPÖ, KPÖ, Grüne, Neos) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ und KPÖ) angenommen.